

Clemens Vollnhals

Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 1/1997). Hg. BStU. Berlin 1997.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421305857>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen
der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der
Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-58-5

urn:nbn:de:0292-97839421305857

Inhalt

1.	Der Apparat	4
2.	Das IM-Netz	20
3.	Die tschekistische Internationale	31
4.	Resümee	36
	Abkürzungsverzeichnis	39

Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit *

"Die Kirche ist der stärkste legale Stützpunkt
des Imperialismus in den sozialistischen Ländern."

(MfS-Minister Wollweber 1957)¹

Das Verhältnis von Staat und Kirche wird in Diktaturen nicht von der staatlichen Verfassung bestimmt, sondern de facto von den jeweiligen Machthabern gesetzt. Dies war in der DDR nicht anders. Die Verfassung von 1949 half den Kirchen beider Konfessionen wenig, als die SED in den fünfziger Jahren den offenen Kampf gegen Religion und Kirche proklamierte. In dieser Zeit entstanden auch die drei Apparate, die an der Formulierung und Umsetzung der SED-Kirchenpolitik bis 1989 mitwirkten: Die Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK der SED, einen Monat später, im Dezember 1954, die kirchenpolitische Abteilung im Ministerium für Staatssicherheit und schließlich im Frühjahr 1957 die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen.

Gegenüber den Kirchen trat auf amtlicher Ebene der Staatssekretär als Organ der staatlichen Verwaltung, genauer des Ministerrats, in Erscheinung. Er repräsentierte jedoch nur die staatliche Kulisse, das eigentliche Machtzentrum war und blieb die Arbeitsgruppe beim ZK. Hier wurde die Kirchenpolitik des SED-Staates konzipiert und in Abstimmung mit dem Politbüro der SED bzw. dem zuständigen ZK-Sekretär verbindlich festgelegt. Diese Machtverteilung war kein Spezifikum der Kirchenpolitik, sondern kennzeichnete generell das Verhältnis von Partei und Staat. Die doppelte Struktur von Partei- und Staatsinstanzen ergab sich zwangsläufig aus dem politischen *und* ideologischen Führungsanspruch der SED. Da sich die herrschende Partei ihrer Herrschaft nie sicher war, bedurfte es eines weiteren Apparats zur machtpolitischen Kompensation der fehlenden demokratischen Legitimation: des Ministeriums für Staatssicherheit.² Gegenüber den Kirchen betrieb die SED bis zuletzt ein doppeltes Spiel: Denn neben der offiziellen Kirchenpolitik, inszeniert in Verlautbarungen und Spitzengesprächen, existierte eine inoffizielle. Sie fand im Schatten strengster Konspiration statt. Beide bedingten und ergänzten sich: Nach außen setzte die SED seit den sechziger Jahren mehr auf Einbindung denn auf offene Konfrontation. Mit der innerdeutschen

* Der Beitrag wurde entnommen aus: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996. Abdruck des Inhaltsverzeichnisses auf S. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**f.

¹ Für engagierte Unterstützung bei der Recherche danke ich Frau Gudrun Weber.
Das Zitat findet sich im Protokoll über die Dienstbesprechung mit der Abteilung V/4 am 26.1.1957; BStU, ZA, SdM 1920, Bl. 80.

² Vgl. als Überblicksdarstellung Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 498–518. Auch in leicht überarbeiteter Form als selbständige Publikation der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten (Berlin 1995) erschienen.

Entspannungspolitik und dem KSZE-Prozeß entstanden auch neue Freiräume, schließlich mußte man auf die mühsam errungene internationale Reputation Rücksicht nehmen. Das MfS forcierte deshalb die inoffizielle Unterwanderung und Einflußnahme, um die Autonomie der Kirchen mittels des sogenannten Differenzierungsprozesses von innen zu zersetzen. Wenngleich Methoden und Mittel der Kirchenpolitik sich im Laufe der vierzigjährigen SED-Herrschaft mehrfach änderten, so blieb das langfristige Ziel doch erhalten: Die Kirchen sollten als selbständige gesellschaftliche Großverbände mit institutioneller Autonomie ausgeschaltet werden. Sie stellten allein aufgrund ihrer bloßen Existenz – unabhängig von ihrem konkreten Verhalten und Handeln – einen Fremdkörper im Herrschaftssystem des "real existierenden Sozialismus" dar, das auf der politischen Gleichschaltung aller Gesellschaftsbereiche beruhte.

Wurde vor der Kulisse des Staatssekretariats für Kirchenfragen, je nach innen- und deutschlandpolitischer Konjunktur, in den beiden letzten Jahrzehnten bevorzugt das Stück vom "gemeinsamen humanistischen Grundanliegen" zum Besten gegeben und der "Dialog von Christen und Marxisten" beschworen, so sprach man unter Genossen Klartext. Mielkes Stellvertreter, Generaloberst Rudi Mittig, führte in aller Offenheit aus, was 1983, im "Lutherjahr", öffentlich nicht mehr gesagt werden durfte: "Die Religion ist und bleibt eine Spielart der bürgerlichen Ideologie und ist mit dem Marxismus-Leninismus nicht vereinbar. Eine solche Einschätzung kann zwar zur Zeit nicht Gegenstand öffentlicher Erörterung sein, muß aber die politische wie auch die politisch-operative Grundkonzeption stets mit bestimmen."³ Gegenüber den Vertretern einer flexibleren "Bündnispolitik" konnten die orthodoxen Hardliner im Konfliktfall nicht nur die stärkeren Bataillone ins Feld führen; sie teilten schon aus purem Machtinstinkt nicht die Illusion eines reformierbaren Sozialismus. Die massive Verhärtung und Dialogunfähigkeit in der Endphase des SED-Regimes bis hin zur Neugründung des atheistischen Freidenkerverbandes stellt in diesem Kontext weniger einen Rückfall in (scheinbar) überwundene Positionen dar, sondern enthüllte vor allem die innere Verlogenheit der propagandistischen Selbstinszenierung. Noch unter der Regierung Modrow plante man, die kirchenpolitische MfS-Abteilung mit den alten Kadern in das neue Amt für Nationale Sicherheit zu übernehmen.

1. Der Apparat

Zuständig für die Planung, Koordinierung und Steuerung aller Maßnahmen zur geheimdienstlichen "Bearbeitung" der Kirchen und Religionsgemeinschaften war die Abteilung 4 der

³ HA XX: Gutachterliche Stellungnahme zur Forschungsarbeit zum Thema: "Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen 'inneren Opposition' in der DDR" vom 13.5.1983 (gez. Mittig); BStU, ZA, JHS 189, Bl. 256.

Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kirche, Kunst, Kultur, "politische Untergrundtätigkeit"). Sie organisierte die inoffizielle Kirchenpolitik des SED-Staates und leitete auch die entsprechenden Referate auf der Ebene der 15 Bezirksverwaltungen des MfS an. Als unmittelbarer Vorläufer der HA XX/4 fungierte bis 1964 die Abteilung 4 der früheren Hauptabteilung V. Sie war im Dezember 1954 gegründet worden und gliederte sich in drei Referate: Evangelische Kirche, Katholische Kirche und Sekten. Die HA V/4 stellte im MfS-Apparat das Pendant zu der ähnlich strukturierten Abteilung für Kirchenfragen beim ZK der SED dar, deren Errichtung das ZK-Sekretariat im November 1954 beschlossen hatte.⁴ Der Ausbau der kirchenpolitischen Apparate erfolgte nach dem letzten gesamtdeutschen Kirchentag in Leipzig (Juli 1954) und im Vorfeld der harten Konflikte, die sich aus der ebenfalls zum Jahresende 1954 beschlossenen Einführung der sozialistischen Jugendweihe ergeben sollten. Charakteristisch für Geist und Diktion jener Jahre ist der Gründungsbefehl Wollwebers:

"Die reaktionären Kirchenleitungen der evangelischen und katholischen Kirche verletzen fortwährend die Beschlüsse der Regierung über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche vom 10. Juni 1953⁵ und führen eine direkte feindliche Tätigkeit zur Untergrabung der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen durch.

Es ist bewiesen, daß in vielen Fällen, besonders in der letzten Zeit, die Agentenzentralen und Geheimdienste die Kirchen und Sekten für ihre verbrecherische Tätigkeit gegen die DDR, UdSSR und Länder der Volksdemokratien benutzen.

Demgegenüber ist die operative Arbeit der Organe des Staatssekretariats für Staatssicherheit⁶ zur Durchkreuzung der Feindtätigkeit der Kirchen und Sekten noch unzulänglich."⁷

Das war die Sprache des "verschärften Klassenkampfes", der nach der traumatischen Erfahrung des 17. Juni die SED-Führung zu einem massiven Ausbau des Repressionsapparates veranlaßte.

Zur Aufklärung und Bekämpfung der kirchlichen "Feindtätigkeit" hatte im MfS zunächst nur das "Sachgebiet Kirche" bestanden, das der Abteilung VI zugeordnet war. Die Überwachung der Kirchen setzte jedoch nicht erst mit der offiziellen Gründung des MfS im Februar 1950 ein. Bereits in der Deutschen Verwaltung des Innern hatte als Vorläuferorganisation die Abteilung K 5 bestanden, deren Referat "C 3" entsprechende Aufgaben wahrnahm. Im Herbst 1952 ging das zwischenzeitlich erweiterte "Sachgebiet Kirche und Sekten" in dem

⁴ Vgl. Protokoll Nr. 26/54 der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 24.11.1954. Druck: Manfred Wilke (Hrsg.): SED-Kirchenpolitik 1953–1958. Die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED zu Kirchenfragen 1953–1958, Berlin 1992, S. 97ff.

⁵ Gemeint ist das "Kommuniqué über die Besprechung von Vertretern des Ministerrates und Vertretern der evangelischen Kirche" am 10.6.1953. Es wurde einen Tag später im Neuen Deutschland veröffentlicht. Vgl. Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 125–139.

⁶ Nach dem Fiasko des 17. Juni war das Ministerium für Staatssicherheit von Juli 1953 bis November 1955 zu einem Staatssekretariat im MdI herabgestuft worden.

⁷ Befehl Wollwebers vom 21.12.1954; BStU, ZA, DSt 100102. Druck: Gerhard Besier und Stephan Wolf (Hrsg.): "Pfarrer, Christen und Katholiken". Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991, S. 180ff. Die Kirchenabteilung trug kurzfristig die Bezeichnung HA V/6. Die Umbenennung in HA V/4 erfolgte jedoch bereits im Januar 1955.

neugegründeten Referat "E" der Abteilung V auf.⁸ Dieses Referat gliederte sich nunmehr in die Sachgebiete: Evangelische Kirche, Katholische Kirche und CDU; während die Bearbeitung der Sekten dem Referat "D" zugewiesen wurde, das bereits für die 1951 verbotenen Zeugen Jehovas zuständig war. Eine entsprechende Umstrukturierung erfolgte im Oktober 1952 auch auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen. Aus der Zusammenlegung der Abteilungen V und VI entstand Ende 1953 die Hauptabteilung V. Sie wurde zunächst von Bruno Beater (Jahrgang 1914), von 1955 bis 1963 von Fritz Schröder (Jahrgang 1915) geleitet. 1964 erfolgte im Zuge einer Neustrukturierung des MfS die Umbenennung in Hauptabteilung XX. Als Nachfolger Schröders, der wie sein Vorgänger zum Stellvertreter des Ministers aufstieg, amtierte bis zur Auflösung des MfS Paul Kienberg (Jahrgang 1926).

Im Januar 1955 wies das Organigramm für die neu gegründete kirchenpolitische Abteilung ein Plansoll von 27 Stellen aus, von denen jedoch nur 17 besetzt waren. Im Referat "Evangelische Kirche", bestehend aus drei Hauptsachgebieten, waren sechs von zehn Stellen besetzt, auf der katholischen Linie sechs von zehn Stellen unbesetzt. Lediglich das Referat "Sekten" entsprach mit fünf Mitarbeitern der Planung. Für die kirchenpolitischen Referate der Bezirksverwaltungen war ein Aufwuchs auf insgesamt 76 Stellen vorgesehen.⁹

Als Leiter der Abteilung wurde im Februar 1955 Willi Butter (Jahrgang 1920) eingesetzt, der zuvor die Abteilung V der Bezirksverwaltung Dresden geführt hatte. Er hatte vor dem Zweiten Weltkrieg als Former in einem Hüttenwerk gearbeitet und in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft (1943–1949) eine Antifa-Schule besucht. Seine Nachfolge trat Ende 1957 der stellvertretende Abteilungsleiter Hans Ludwig (Jahrgang 1929) an, ein gelernter Bau- und Möbeltischler. Er war bereits Sekretär der FDJ-Landesleitung Thüringen gewesen, bevor er 1949 zum MfS wechselte, wo er als "Politlehrer" an verschiedenen MfS-Schulen die frisch rekrutierten "Tschekeiten" schulte. Ludwig leitete die Kirchenabteilung zwölf Jahre lang, 1969 wurde er zum stellvertretenden Hauptabteilungsleiter befördert. In dieser Position unterstand ihm neben anderen Abteilungen auch die HA XX/4 bis zu seinem Ruhestand 1982.

Als dritter Abteilungsleiter fungierte von Oktober 1969 bis März 1979 Franz Sgraja (Jahrgang 1922). Er konnte bei seinem Amtsantritt auf eine reiche Erfahrung zurückblicken. Sgraja führte seit Gründung das Referat I (Evang. Kirche) und rückte 1962 zum stellvertretenden Abteilungsleiter auf. Seine Laufbahn begann 1948 bei der Volkspolizei in Schwerin, unmittelbar nachdem er aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft mit Besuch einer Antifa-Schule entlassen worden war. Ein Jahr später trat Sgraja, der keinen Beruf erlernt hatte, in die Dienste des MfS. Ende 1951 wurde er nach Berlin zur Abteilung V versetzt, wo er bald auf der "Kirchenlinie" zum Einsatz kam.

⁸ Dienstanweisung Mielkes 6/52/V/E vom 17.9.1952; BStU, ZA, DSt 100848. Druck: Besier/Wolf (Hrsg.): "Pfarrer, Christen, Katholiken", S. 147–154.

⁹ Leiter der HA V an Bezirksverwaltungen vom 3.1.1955: Struktur der Hauptabteilung V; BStU, ZA, DSt 101551.

Ihm folgte im Frühjahr 1979 Joachim Wiegand (Jahrgang 1932), der die Abteilung bis zum Schluß leitete. Auch Wiegand verfügte bei seinem Eintritt in das MfS 1952 über keine qualifizierte Berufsausbildung (Landarbeiter). Er arbeitete zunächst in den Kreisdienststellen Rostock und Ribnitz, 1959 übernahm er in der Rostocker Bezirksverwaltung die Leitung eines Referats der Abteilung II (Spionageabwehr). 1966 erfolgte seine Versetzung nach Berlin zur HA XX/4. Von 1970 bis 1975 leitete Wiegand das Referat IV (Operationsgebiet), gleichzeitig absolvierte er ein Fernstudium an der MfS-Hochschule (Diplom-Jurist) und wirkte seit 1975 als stellvertretender Abteilungsleiter.

Die hier nur in Stichworten skizzierten Lebensläufe weisen bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf: Alle Abteilungsleiter entstammten Arbeiterfamilien und gehörten der jüngeren Generation an, die ihre Primärsozialisation als Jugendliche während der NS-Zeit erfahren hatte. Ihr Eintritt in das politische Leben begann dementsprechend erst nach 1945. Auch von den übrigen Referatsleitern verfügte in den fünfziger Jahren keiner über eine höhere Schulbildung, geschweige denn über ein fundiertes kirchlich-theologisches Fachwissen. Entscheidende Kriterien für die Personalrekrutierung im gesamten MfS waren nicht Qualifikation und Kompetenz, sondern die proletarische Herkunft und politische Zuverlässigkeit.¹⁰ Schnellkurse und klassenkämpferischer Elan vermochten das geringe Bildungsniveau allerdings nicht zu kompensieren, was sich in grobschlächtigen Analysen ebenso niederschlug wie in der unbeholfenen Aktenführung. Die akademische Qualifizierung des kirchenpolitischen Apparats setzte auf breiter Basis erst in den siebziger Jahren ein. Ende der achtziger Jahre besaßen alle operativen Mitarbeiter der HA XX/4 einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß, der zumeist an der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche erworben war.

Die Mitarbeiter der kirchenpolitischen Abteilung begannen ihre Tätigkeit "ohne jegliche Vorbildung auf theologischem und kirchenrechtlichem Gebiet". Wenn wir den Erinnerungen Sgrajas folgen, so war es der IM "Roland", der ihnen die ersten Schritte lehrte, "um in das komplizierte, für Kommunisten schwer durchschaubare Phänomen – Kirche und Religion – einzudringen und exakte Feindbilder erarbeiten zu können".¹¹ Als ehemaliger Pfarrer, der seine Berlin-Brandenburgische Landeskirche haßte, arbeitete Paul Beckmann¹² seit 1951 emsig dem MfS zu. Zu einem unentbehrlichen Ratgeber mit scharfem politischen Verstand entwickelte sich wenig später (seit 1955) Oberkirchenrat Gerhard Lotz (IM "Karl"¹³), der Stellvertreter des thüringischen Landesbischofs Mitzenheim in weltlichen Angelegenheiten. Es waren Pfarrer, Theologen und Kirchenjuristen, die in der konspirativen Zusammenarbeit

¹⁰ Vgl. Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 1/1994), BStU, Berlin 1994.

¹¹ Aufzeichnungen Sgrajas für das Traditionskabinett der HA XX, o. D.; BStU, ZA, HA XX/4-1424, Bl. 43.

¹² BStU, ZA, AIM 4841/59. Der Berichtsteil der Akte umfaßt 13 Bände und reicht bis Ende der sechziger Jahre.

¹³ Vgl. Clemens Vollnhals: Oberkirchenrat Gerhard Lotz und das Ministerium für Staatssicherheit. Zur IM-Akte "Karl", in: Deutschland Archiv 27 (1994), S. 332–336.

den Autodidakten auf der "Kirchenlinie" das nötige Fachwissen über kirchliche Institutionen, Entwicklungen und Mentalitäten beibrachten. Für die politisch-ideologische Schulung der zumeist jungen Genossen sorgte die SED-Parteioorganisation im MfS. 1957 fand erstmals eine zentrale Schulung aller Mitarbeiter im Zuge eines dreiwöchigen Lehrgangs statt. Das Eingangsreferat zur "Politik der Partei in Kirchenfragen" hielt kein geringerer als Willi Barth, der Leiter der ZK-Arbeitsgruppe für Kirchenfragen. Neben der Vermittlung von Grundkenntnissen über kirchliche Einrichtungen und Organisationen (11 Lektionen) stand die tschekistische Fortbildung der Mitarbeiter auf dem Lehrplan, so unter anderem "Psychologie" und "besondere Methoden bei der Aufklärung, Anwerbung und Bearbeitung von Geistlichen".¹⁴

Im Frühjahr 1957 zählte die HA V/4 in der Berliner Zentrale 25 Mitarbeiter. Weiterhin waren in den MfS-Bezirksverwaltungen auf der "Kirchenlinie" etwa 55 Mitarbeiter tätig, davon allein zehn in der Verwaltung Groß-Berlin. Hinzu kamen 15 Mitarbeiter aus einigen Kreisdienststellen, die unmittelbar vor Ort arbeiten sollten: Bad Salzungen, Bautzen, Dresden, Eisenach, Görlitz, Greifswald, Heiligenstadt, Weimar, Worbis und Zwickau. Insgesamt waren 1957 etwa 95 hauptamtliche Mitarbeiter auf die Bekämpfung der Kirchen und Religionsgemeinschaften angesetzt.¹⁵ Zum Vergleich: Im selben Jahr betrug der gesamte Personalbestand des MfS 14.440 Mitarbeiter.¹⁶

Bereits zwei Jahre nach der Gründung der HA V/4 konnte Referatsleiter Sgraja auf einer Dienstbesprechung im Januar 1957 seinem Minister melden: "In den Kirchenleitungen sind wir fest verankert, außer in Greifswald und Rostock." Zu wünschen übrig lasse jedoch die Bearbeitung der Jungen Gemeinde; hier verfüge man nur über 27 Geheime Informatoren, wie die IM früher hießen. Auch in anderen Bereichen konstatierte man noch gravierende Lücken. So könne die Theologische Fakultät Greifswald nicht operativ bearbeitet werden, obwohl eine Patenschaft mit der Universität Bonn bestehe: "Uns reichen die vorhandenen Mitarbeiter nicht aus." Nicht zuletzt mangle es in den Bezirksverwaltungen an qualifizierten Kadern. "In den Kreisdienststellen ist die Arbeit noch schwächer als in den BV. Es gibt junge Mitarbeiter, die sich nicht an die Geistlichen herantrauen. Deshalb wäre es gut, ältere Mitarbeiter einzusetzen."¹⁷ Immerhin: Mit der Anwerbung der juristischen Oberkirchenräte Gerhard Lotz (IM

¹⁴ HA V/4: Bericht über die Durchführung eines Qualifizierungslehrganges auf der Linie V/4 vom 29.5.1959; BStU, ZA, HA XX/4-392, Bl. 43ff.

¹⁵ HA V/4: Vorschläge zu organisatorischen Fragen bei der Vorbereitung und Durchführung des Kurzlehrganges auf der Linie V/4 vom 9.2.1957; BStU, ZA, HA XX/4-392, Bl. 1.

¹⁶ Zur Entwicklung des Personalstandes vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 98ff.

¹⁷ Protokoll über die Dienstbesprechung mit der Abteilung V/4 am 26.1.1957; BStU, ZA, SdM 1920, Bl. 80–86.

"Karl"), Konrad Müller (IM "Konrad"¹⁸), Hans-Joachim Weber (IM "Bastler"¹⁹) und anderer Personen in Leitungspositionen war eine erste Basis geschaffen.

Als im Frühjahr 1957 die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen gegründet wurde, entstand für das MfS ein neuer "Sicherungsbereich". Die Dienststelle unter der Leitung von Werner Eggerath, einem Altkommunisten, verdrängte auf staatlicher Seite die Hauptabteilung "Verbindung zu den Kirchen", die dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke unterstanden hatte. Ein bezeichnendes Licht auf die realen Machtverhältnisse wirft der Umstand, daß sich Eggerath im März 1957 unmittelbar an den MfS-Minister Wollweber wandte, als er einen persönlichen Referenten suchte. Das weitere Verfahren hielt Oberst Beater in einem Schreiben fest, das eine längere Zitierung verdient:

"Auf Grund dieser Bitte wurden Aussprachen mit den Gen. Mitarbeitern des ZK Barth und seinem Stellvertreter Weise geführt, welcher als Hauptabteilungsleiter und Verantwortlicher für Kaderfragen im Staatssekretariat für Kirchenfragen eingesetzt wurde. Die Gen. Mitarbeiter des ZK haben es begrüßt, einen Mitarbeiter des MfS als persönlichen Referenten bei Staatssekretär Eggerath einzusetzen. Die Gen. Weise und Barth vom ZK bitten darum, daß evtl. der Gen. Minister oder einer seiner Stellvertreter selbst mit Eggerath in der Frage des persönlichen Referenten sprechen sollten. Sie begründen es damit, daß es die Autorität des Staatssekretärs für Kirchenfragen heben würde, wenn er vom Gen. Minister oder einer seiner Stellvertreter diesbezüglich angesprochen würde.

In enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des ZK wurden von uns geeignete Leute für das Staatssekretariat für Kirchenfragen für verschiedene Funktionen und Sachgebiete vorgeschlagen, welche von der Partei eingesetzt wurden."²⁰

Die Position des persönlichen Referenten wurde mit Rudi Wiatrek besetzt. Er bewährte sich jedoch nicht und wechselte ein Jahr später wieder zur HA V/4. Weitere Schlüsselpositionen kontrollierte das MfS mit inoffiziellen Mitarbeitern: Hans-Joachim Seidowsky (IM "Jochen", "Gerhard"²¹), zunächst Pressereferent, dann persönlicher Referent des Staatssekretärs; Hans Wilke (IM "Horst"²²), Referent für Jugend und theologische Fakultäten; Helmut Dressler (IM "Harry"²³) als Referent für Ökumene; sowie Gerhard Quast (IM "Otto"²⁴), zuständig für Finanzangelegenheiten. Das Staatssekretariat blieb in der Kirchenpolitik stets ein drittrangiges Organ, dessen fürsorgliche Betreuung die Staatssicherheit übernahm.

Zum Jahresende 1960 führte die HA V/4 nach eigenen Angaben insgesamt 122 Geheime Informatoren (spätere Terminologie: IMS), 15 Geheime Mitarbeiter (IMB) und einen Gehei-

¹⁸ BStU, ASt Rostock, Teilablage A 1822/64, und ZA, AIM 3043/86.

¹⁹ BStU, ZA, AIM 1377/62. Vgl. Gerhard Besier: Ein eifriger Partner der Staatssicherheit, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.11.1993.

²⁰ Schreiben Beaters an Wollweber vom 11.4.1957; BStU, ASt Potsdam, KS 45/72 (Kaderakte Wiatrek), Bl. 210f.

²¹ BStU, ZA, AIM 3654/71. Werbung 1957.

²² BStU, ZA, AIM 2968/70. Werbung 1954, 1970 zum GMS umregistriert.

²³ BStU, ZA, Teilablage A 186/85. (Neu-)Werbung 1958.

²⁴ BStU, ZA, AIM 3010/68. Werbung 1955. 1961 persönlicher Referent von Gerald Götting, später Leiter der kirchenpolitischen Abteilung beim Hauptvorstand der CDU.

men Hauptinformatoren (FIM), darunter 28 Neuerwerbungen.²⁵ Auf der evangelischen Linie waren 48 IM (u. a. 7 GM und 1 GHI) im Einsatz, auf der katholischen 44 (u. a. 3 GM). Das Referat Sekten, das in erster Linie die Zeugen Jehovas bearbeitete, verzeichnete 23 IM (u. a. 3 GM). Weitere 19 IM wurden von dem 1958 gegründeten Referat IV geführt, das speziell die Arbeit im und nach dem "Operationsgebiet", sprich: Westdeutschland und Westberlin, koordinieren sollte. Wieviele IM für die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen arbeiteten, ist bislang nicht bekannt.

Die "Bearbeitung" zentraler kirchlicher Einrichtungen und besonders wichtiger "Operativer Vorgänge" oblag der Berliner Zentrale, während sich die Bezirksverwaltungen in erster Linie um die einzelnen Landeskirchen und Bistümer (Kommissariate) kümmern sollten. Da sich die kirchlichen Strukturen nicht mit den Territorien der staatlichen Bezirke deckten, übernahm jeweils jene Bezirksverwaltung die "operative Federführung", in deren Verantwortungsbereich sich der Sitz der Kirchenleitung befand. Auf der evangelischen Linie war die Zuständigkeit seit der Dienstanweisung 9/56²⁶ wie folgt geregelt:

Evang. Landeskirche Anhalts – Bezirksverwaltung Halle,
 Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg – Bezirksverwaltung Berlin,
 Evang. Landeskirche Greifswald – Bezirksverwaltung Rostock,
 Evang. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes – Bezirksverwaltung Dresden (KD Görlitz),
 Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs – Bezirksverwaltung Schwerin,
 Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens – Bezirksverwaltung Dresden,
 Evang. Kirchenprovinz Sachsen – Bezirksverwaltung Magdeburg,
 Evang.-Luth. Kirche in Thüringen – Bezirksverwaltung Erfurt.

Diente der IM-Einsatz in den ersten Jahren vornehmlich der Aufklärung und Informationsbeschaffung, so richtete sich der Ehrgeiz zunehmend auf die Organisierung einer aktiven Kirchenpolitik, die sich nicht mehr mit Einzelaktionen gegen die kirchliche Jugendarbeit und der spektakulären Verhaftung besonders mißliebiger Studentenfarrer und anderer kirchlicher Mitarbeiter begnügte. Bereits Ende 1957 hatte Mielke in einem Memorandum Walter Ulbricht den Plan unterbreitet, mit Hilfe von Lotz und einigen anderen IM Landesbischof Mitzenheim zu stürzen, der damals noch als "reaktionär" galt. Als Nachfolger war der Weimarer Superintendent Ingo Braecklein vorgesehen, "welcher ebenfalls unser inoffizieller Mitarbeiter ist" (IM "Ingo"²⁷). Ferner sollte mit Hilfe des Weißenseer Arbeitskreises und anderer innerkirchlicher Oppositionsgruppen eine geschlossene Front zur Ablösung von Bischof Dibelius aufgebaut werden. Das Memorandum ist in doppelter Hinsicht aufschlußreich: Es basierte auf einer kruden, reichlich illusionären Lagebeurteilung und formulierte

²⁵ Jahresanalyse der Hauptabteilung V/4 für das Jahr 1960 und die sich daraus ergebende politisch-operative Aufgabenstellung für 1961 vom 30.12.1960; BStU, ZA, HA XX/4-332, Bl. 71.

²⁶ BStU, ZA, DSt 100969.

²⁷ Zu dieser Zeit wurde Braecklein noch als "Kontaktperson" geführt. Registriernummer: MfS 1387/59 bzw. XV 10679/60; der Vorgang wurde am 6.12.1989 "gelöscht".

zugleich einen strategischen Neuansatz: "Entsprechend dem Kräfteverhältnis und unseren Verbindungen bestehen die meisten Aussichten, eine ganze Landeskirche aus dem Rat der EKD und aus dem Einflußbereich von Bischof Dibelius, Propst Böhm usw. herauszuberechnen, in Thüringen."²⁸

Mit dem Amtsantritt Mielkes, der im Oktober 1957 nach einem heftigen Machtkampf Wollweber als MfS-Minister abgelöst hatte,²⁹ begann das zügellose Wachstum des nach innen gerichteten Repressionsapparates, dessen Hauptaufgabe die neue IM-Richtlinie 1/58 prägnant formulierte: "Das Ministerium ist beauftragt, alle Versuche, den Sieg des Sozialismus aufzuhalten oder zu verhindern – mit welchen Mitteln und Methoden es auch sei –, vorbeugend und im Keim zu ersticken."³⁰ Vorerst allerdings klafften Anspruch und Realisierungsmöglichkeiten noch weit auseinander. So mußte die kirchenpolitische Abteilung in ihrer Jahresanalyse 1960 selbstkritisch einräumen: "Die von den leitenden Geheimen Informatoren (OKR) begonnene Abstimmung der Politik der Kirchenleitungen im Gebiet der DDR in unserem Interesse blieben nur Anfänge und wurde nicht intensiv durch unsere Anleitung weiter forciert." Auch sei es nicht gelungen, daß die Oppositionsgruppen "nach einem einheitlichen Plan und in ihren Aktionen aufeinander abgestimmt in Erscheinung traten".³¹

Gleichwohl vollzog sich in diesen Jahren der Übergang zu einer wesentlich systematischeren und qualifizierteren Arbeitsweise, der nunmehr auch eine langfristig angelegte Konzeption zugrunde lag. Als Schwerpunkte benannte der "Perspektivplan" für das Jahr 1961 folgende Aufgaben:

- Systematische und ununterbrochene Kompromittierung der politisch-klerikalen Kräfte durch die Erarbeitung von qualifizierten Dokumentationen und Publikationen.
- Die gesamte politisch-operative Arbeit muß so organisiert werden, daß eine Trennung der Kirchen und kirchlichen Organisationen der DDR von den sich in Westdeutschland und Westberlin befindlichen reaktionären gesamtdeutschen Gremien der Kirche erzielt wird.
- Koordinierung aller Maßnahmen, sowohl der inoffiziellen sowie [sic!] der offiziellen staatlichen und gesellschaftlichen zur Schaffung einer loyalen, bonnfreien Kirche der DDR.
- Zersetzung der in der DDR vorhandenen reaktionären Zentren der politisch-klerikalen Kräfte durch verstärkte Anwerbung und Eindringen in diese Zentren.
- Überwachung und Einschätzung der 1961 im nationalen und internationalen Rahmen stattfindenden kirchlichen Großveranstaltungen, wie gesamtdeutsche Synode der EKD,

²⁸ Schreiben Mielkes an Ulbricht mit Anlage: Bericht über die Opposition in der Evangelischen Kirche Deutschlands vom 3.12.1957 (mit Abzeichnung Ulbrichts); BStU, ZA, SdM 1893, Bl. 547–561. Druck: KZG 7 (1994), S. 372–381.

²⁹ Vgl. Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57 (BF informiert 1/1995), BStU, Berlin 1995.

³⁰ Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 195.

³¹ Jahresanalyse der Hauptabteilung V/4 für das Jahr 1960 und die sich daraus ergebende politisch-operative Aufgabenstellung für 1961 vom 30.12.1960; BStU, ZA, HA XX/4-332, Bl. 67.

Kirchentag, VELKD-Synode, Allchristliche Prager Friedenskonferenz, Tagung des Weltkirchenrates in New Delhi usw."³²

Damit war im Prinzip das Arbeitsprogramm für das nächste Jahrzehnt abgesteckt. Mit dieser strategischen Neuorientierung stieg zugleich der allgemeine Informationsbedarf über kirchliche Strukturen und Einrichtungen, was zur Gründung der sogenannten Auswertergruppe führte. Sie umfaßte seit 1960 mehrere inoffizielle Mitarbeiter, die in einem konspirativen Objekt in Berlin-Pankow ("Institut Wandlitz") untergebracht waren. Zu den Aufgaben dieser selbständigen Arbeitsgruppe, die 1966 dem neu gegründeten Referat V "Information und Auswertung" unterstellt wurde, zählten vor allem die systematische Auswertung kirchlicher Zeitschriften, Publikationen, Nachschlagewerke etc. aus dem In- und Ausland, die Anlage umfangreicher Sach- und Personenkarteien sowie die Erstellung detaillierter Auskunftsbereiche. Hinzu kam, speziell in den sechziger Jahren, die Zuarbeit für propagandistische Belastungskampagnen gegen Otto Dibelius, Eugen Gerstenmaier, Theodor Heckel, Friedrich-Wilhelm Krummacker und andere Persönlichkeiten. Zur ersten Generation akademisch gebildeter "Auswerter" zählten Herbert Trebs (IM "Anton"³³), der bereits als kirchenpolitischer Referent beim Parteivorstand der CDU dem MfS zugearbeitet hatte und sich auch als Redakteur der "Neuen Zeit" gut einspannen ließ. Zu den aufstrebenden Jungakademikern, die neben der Promotion als Hilfskräfte im "Institut Wandlitz" arbeiteten und dafür ein festes Gehalt bezogen, gehörten auch Seidowsky (IM "Jochen", "Gerhard"³⁴) und Dressler (IM "Harry"³⁵), die beide aus dem Staatssekretariat für Kirchenfragen herausgelöst wurden. Zwei von ihnen machten später an der Humboldt-Universität Karriere: Trebs wurde Professor für Ökumenik, Dressler erhielt eine Professur für Marxismus-Leninismus an der theologischen Fakultät bzw. Sektion. Verdient machte sich auch der Diplom-Historiker Dieter Pape (IM "Wilhelm"³⁶). Er war im Auswerterobjekt für die Zeugen Jehovas zuständig und organisierte im Auftrag des MfS die Studiengruppe "Christliche Verantwortung" mit gleichnamiger Zeitschrift.

1984 umfaßte die Auswertergruppe drei Offiziere im besonderen Einsatz (OibE), fünf Hauptamtliche IM (HIM), die ebenfalls fest besoldet waren, sowie fünf zeitweilig anwesende IM. Als gut ausgestattete Dokumentationsstelle mit Bibliothek und Archiv, dessen Karteien mehr als hunderttausend Stichworte zu Personen, Organisationen und einzelnen Einrichtungen umfaßten, lieferte das "Institut" vor allem Zuarbeiten für die operative Tätigkeit des MfS. So wurden "im Verlaufe des kirchlichen Lutherjahres 1983 von dem Kol-

³² Jahresperspektivplan bzw. Hauptaufgaben der HA V/4 für das Jahr 1961 vom 30.12.1960; ebenda, Bl. 76f.

³³ BStU, ZA, AIM 10990/68. (Neu-)Werbung 1954, 1968 zum GMS umregistriert.

³⁴ BStU, ZA, AIM 3654/71. Werbung 1957.

³⁵ BStU, ZA, Teilablage A 186/85. Vgl. auch Dietmar Linke: Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 500–511.

³⁶ BStU, ZA, AIM 3292/91 und Teilablage A 185/85. Werbung 1956.

lektiv über 360 Auskunftsberichte und Kurzanalysen erarbeitet, die eine wesentliche Grundlage bildeten, vorbeugend politisch-operative Maßnahmen zur Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten einzuleiten".³⁷

Eine wichtige Funktion besaß neben der Auswertergruppe in den sechziger Jahren das Referat "Familienforschung" im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Es wurde von dem bereits erwähnten Paul Beckmann (IM "Roland") geleitet und stellte de facto eine Außenstelle des MfS dar.³⁸ Hier wurden die überlieferten NS-Bestände, besonders die aus der Sowjetunion rückgeführten Akten des Reichskirchenministeriums, systematisch nach potentiell belastungsmaterial durchgesehen. Die Ergebnisse wurden teils in den "Braunbüchern" und kleineren Broschüren veröffentlicht, teils zur Anwerbung NS-belasteter Personen benutzt.

Entgegen aller Vermutung profitierte die kirchenpolitische Linie in den sechziger Jahren jedoch nicht von dem massiven Ausbau des Staatssicherheitsdienstes, dessen Personalbestand sich mehr als verdoppelte. Sie stagnierte vielmehr und mußte in manchen Bezirksverwaltungen sogar Personal an andere Abteilungen abgeben. Zum Jahresende 1968 waren in den kirchenpolitischen Referaten der 15 Bezirksverwaltungen lediglich 52 Mitarbeiter tätig: Berlin (6), Cottbus (4), Dresden (4), Erfurt (3), Frankfurt/Oder (3), Gera (3), Halle (4), Karl-Marx-Stadt (7), Leipzig (2), Magdeburg (3), Neubrandenburg (3), Potsdam (2), Rostock (3), Schwerin (2) und Suhl (3).³⁹ Auch der Personalbestand der Berliner Zentrale nahm in dieser Phase nicht zu. Sie zählte 1972 gerade 21 Mitarbeiter.

Von ihnen besaßen drei einen Hochschulabschluß (davon 2 JHS-Diplome), fünf hatten die Bezirksparteischule, zehn die Kreisparteihschule besucht. Fünf weitere Mitarbeiter absolvierten gerade ein Fernstudium an JHS bzw. Bezirksparteischule.⁴⁰ Als Stellvertreter Sgrajas fungierte seit Herbst 1970 Major Otto Harry. Er hatte zuvor eine Operativgruppe der HA XX/6 (Post- und Fernmeldewesen) geleitet und dürfte, soweit aus dem tabellarischen Lebenslauf ersichtlich, über keine spezifischen Vorkenntnisse verfügt haben. Viel Erfahrung auf der "Kirchenlinie" besaßen jedoch alle Referatsleiter (Stand 1972): Hauptmann Klaus Roßberg (Ref. I: Evang. Kirche), Major Helmut Wegener (Ref. II: Kath. Kirche), Hauptmann Oskar Herbrich (Ref. III: Sekten), Major Joachim Wiegand (Ref. IV: Operationsgebiet) und Major Günter Burkhardt (Ref. V: Information und Auswertung). Mit diesem Personalstand

³⁷ HA XX/4: Vorschlag zur Auszeichnung des Kollektivs des Einsatzobjektes der Hauptabteilung XX/4 – "Wandlitz", Reg.-Nr. 16935/60, vom 13.6.1984; BStU, ZA, AIM 3301/91 [KW-Akte "Institut Wandlitz"], Bl. 176f. Für die Frühzeit sind die entsprechenden IM-Akten von besonderer Bedeutung.

³⁸ Vgl. BStU, ZA, AIM 4841/59 (IM "Roland") und AIM 4977/64 (IM "Herta").

³⁹ HA XX: Übersicht über die kaderpolitische Situation in den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen und Verwaltungen vom 27.1.1969; BStU, ZA, HA XX/AKG-804, Bl. 229–266.

⁴⁰ HA XX/4: Einschätzung einiger Seiten der Entwicklung des politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustandes der Dienst Einheit XX/4 und der Kaderarbeit im Jahre 1972 vom 14.11.1972; BStU, ZA, HA XX/4-2001, Bl. 12.

fürte die Abteilung zum Jahresende 1971 insgesamt 144 IM (ohne IMK),⁴¹ was in etwa dem Stand von 1960 entsprach. Allerdings hatte sich die Qualität des IM-Netzes zwischenzeitlich deutlich verbessert. Neben einer stattlichen Anzahl von Pfarrern, Oberkirchenräten und Laien in wichtigen Synodalämtern waren erstmals auch zwei Bischöfe als IM registriert: der thüringische Bischof Braecklein (IM "Ingo"⁴²) und Bischof Gienke (IM "Orion"⁴³) in Greifswald.

Die Organisation der Arbeit erfolgte auf der Basis detaillierter Jahrespläne, die Aufgaben, Zuständigkeiten und Terminstellung konkret festlegten. Die erreichten Ergebnisse wurden dann regelmäßig in den Jahresanalysen "eingeschätzt". Mit Beginn der siebziger Jahre gab es zusätzlich Perspektivpläne für die jeweils nächsten fünf Jahre. Auch und gerade im MfS glaubte man unerschütterlich an die Kraft des Plans. Für das Rapportsystem mußten auf allen Ebenen jährlich unzählige Berichte, Einsatzkonzeptionen, Maßnahmepläne, Einschätzungen, Analysen und Statistiken angefertigt werden. Auch die innere Arbeitsorganisation folgte einem festen Rhythmus und war in hohem Maße formal-bürokratisch organisiert: Fragen der aktuellen Vorgangsbearbeitung wurden in der kirchenpolitischen Abteilung 1972 jeden 2. Montag im Monat mit allen Referatsleitern beraten, jeden 4. Montag fand ein thematischer Erfahrungsaustausch zur weiteren "Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit" statt. Der Anleitung der Referatsleiter dienten festgelegte wöchentliche "Aussprachen" mit dem Abteilungsleiter bzw. seinem Stellvertreter, der für die Referate I und III zuständig war. Die Referatsleiter ihrerseits waren gehalten, sich monatlich durch einen Rapport ihrer Mitarbeiter über die Ergebnisse der geleisteten Arbeit unterrichten zu lassen. Dabei sei eine "gesunde Atmosphäre der Kritik und Selbstkritik zu pflegen und eine ständige Auswertung der Arbeitsergebnisse vorzunehmen". Die Mitarbeiter schließlich hatten nach einem wöchentlichen Arbeitsplan zu arbeiten, der vorgelegt werden mußte.⁴⁴ Das MfS war eine nach militärischen Grundsätzen durchorganisierte Großbürokratie, deren Arbeitsstil und Berichtssystem auf umfassende Anleitung, Kontrolle und Information abzielte. Bei den kleinen Referaten der HA XX/4, von denen damals keines mehr als fünf Mitarbeiter zählte, bestand ohnehin kaum die Gefahr, daß die Leiter den Überblick verloren.

Schwieriger erwies sich in der Praxis die enge Koordinierung mit den Bezirksverwaltungen zur Durchsetzung einer offensiven Kirchenpolitik. So hielt eine Bestandsaufnahme 1968/69 fest: In der Bezirksverwaltung Schwerin bestünden die meisten operativen Maßnahmen in reiner Informationsbeschaffung. "Gute Zersetzungsmaßnahmen, wie im Falle der Streitig-

⁴¹ HA XX/4: Jahresanalyse über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf der Linie XX/4 vom 8.1.1972; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 53 (2), Bl. 423.

⁴² Registriernummer: MfS 1387/59 bzw. XV/10679/60; der Vorgang (2 Bände) wurde am 6.12.1989 "gelöscht".

⁴³ Registriernummer: I/1066/72 (BV Rostock); der Vorgang (6 Bände) wurde am 4.12.1989 "gelöscht".

⁴⁴ Jahresplan der Abteilung XX/4 vom 14.1.1972; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 53 (2), Bl. 593ff.

keiten zwischen der Schweriner Dom-Gemeinde und dem mecklenburgischen Landesbischof, blieben in den Anfängen stecken und wurden nicht zielstrebig ausgebaut." Auch in Dresden konstatierte man eine "ungenügende Informationstätigkeit und ein ungenügendes Zurückdrängen des feindlichen Einflusses. Die bisher entwickelten Maßnahmen zur Zurückdrängung des Einflusses von Bischof Fränkel⁴⁵, Görlitz, wurden nicht realisiert." Ähnliches galt für die Bezirksverwaltung Berlin. Die Hallenser Genossen erhielten die Anweisung, die inoffiziellen Positionen in der Leitung der Landeskirche Anhalts "in Zusammenarbeit mit der HA XX/4 noch mehr auszunutzen". Lobend hervorgehoben wurden hingegen die Bezirksverwaltungen Erfurt, Suhl und Gera, die aufgrund guter Zusammenarbeit "eine Reihe von Erfolgen" bei der Bearbeitung der Thüringer Kirche erzielt hätten.⁴⁶

In den siebziger Jahren wurden die fachliche Anleitung der kirchenpolitischen Referate, der gegenseitige Informationsfluß und die Koordination des IM-Einsatzes, besonders bei Synoden, deutlich intensiviert. In diese Zeit fiel auch der Erlaß der grundlegenden Richtlinien zur Bearbeitung Operativer Vorgänge (RL 1/76) und Operativer Personenkontrollen (RL 1/81), eine neue Direktive zur IM-Führung (RL 1/79) sowie zur Regelung des Informationsflusses (DA 1/80).⁴⁷ Mit diesen und anderen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung reagierte das MfS auf die innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik, die nicht nur Mielke als eine Form "verschärften Klassenkampfes" bewertete. Zur Aufrechterhaltung künstlicher Stabilität mußte die flächendeckende Überwachung weiter ausgebaut werden.

Für eine kräftige Zunahme des Arbeitspensums sorgten vor allem die seit dem Grundlagenvertrag von 1972 erheblich gestiegenen Möglichkeiten für Westkontakte. Zur vorbeugenden Bekämpfung der "politisch-ideologischen Diversion" wurden 2.000 Personen allein 1975 aus medizinischen, pädagogischen und künstlerischen Berufen, die in kirchlichen Hauskreisen mitwirkten, namentlich erfaßt.⁴⁸ Ein Jahr später meldete die HA XX/4 "im Zusammenhang mit der Provokation Brüsewitz" die Überprüfung von 1.200 Personen, die als "Protestbriefschreiber" oder "Demonstrativtäter" aufgefallen waren. Des weiteren wurden in Zusammenar-

⁴⁵ Bischof Fränkel wurde nach langjähriger operativer "Bearbeitung" (OV "Märtyrium" [sic!]) mit schmutzigsten Zersetzungsmethoden 1977 von der KD Görlitz als IM "Bruder" geworben. (BStU, ASt Dresden, AIM 3374/80). Vgl. auch Roland Brauckmann und Christoph Bunzel: Rückblick. Die evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die Einflußnahme des MfS und der DDR-Staat 1970–1994, Görlitz 1995, S. 56ff.

⁴⁶ [HA XX/4]: Zusammenarbeit mit den Bezirksverwaltungen, o. D. (1968/69); BStU, ZA, HA XX/4-437, Bl. 11–14.

⁴⁷ Druck der genannten Richtlinien: David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 346–402, 322–345 und 414–477. Sowie Dienstanweisung 1/80 vom 20.5.1980 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Dienstseinheiten des MfS sowie 1. Durchführungsbestimmung vom 20.5.1980 nebst Anlagen; BStU, ZA, DSt 102667.

⁴⁸ HA XX/4: Rapport über die Erfüllung der Kampfprogramme zum 25. Jahrestag der DDR, zum 25. Jahrestag der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, zum 30. Jahrestag der Befreiung und in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED vom 22.10.1975; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 53 (2), Bl. 306.

beit mit anderen Dienststeinheiten 800 Personen registriert, die Verbindungen zu verschiedenen Ostmissionen im Westen besaßen.⁴⁹ Zur gezielten Bearbeitung der "Inspiratoren des politischen Untergrunds" richtete die kirchenpolitische Abteilung 1977 erstmals eine Arbeitsgruppe ein. Doch sollte es noch einige Jahre dauern, bis daraus ein selbständiges Referat hervorging. Aufs Ganze gesehen, gab die kirchenpolitische Lage in den siebziger Jahren, trotz erster Anzeichen oppositioneller Basisaktivitäten, kaum Anlaß zu sonderlicher Beunruhigung. Die Personalstärke der HA XX/4 blieb bis 1982 nahezu konstant, während andere Abteilungen in dieser Zeit kräftig aufgestockt wurden. So stieg der Personalstand der Hauptabteilung XX in der Berliner Zentrale von 218 Mitarbeitern im Jahre 1970 bis 1982 auf 400, die Gesamtstärke des MfS von 43.300 auf 81.500.⁵⁰

Eine neue Situation entstand in den frühen achtziger Jahren mit dem Erstarken der kirchlichen Friedensbewegung (Initiative "Sozialer Friedensdienst", "Berliner Appell") und den heftigen Auseinandersetzungen, die 1982 das Verbot des Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" auslöste. Als Reaktion wurde im Lutherjahr 1983 die kirchenpolitische Abteilung von 24 auf 32 Mitarbeiter verstärkt. Als "absoluten Schwerpunkt" benannte die Planvorgabe für 1983 die Bekämpfung der unabhängigen Friedensbewegung: "Es sind solche politisch-operativen Abwehrmaßnahmen offensiv zu entwickeln, damit sich feindlich-negative Kräfte, ganz gleich unter welcher Begründung (staatlich unabhängige Friedensbewegung, Umweltschutz, Menschenrechte u. a.), nicht formieren und organisieren können. Konterrevolutionäre Aktivitäten nach dem Beispiel in der VR Polen sind bereits in ihren Ansätzen vorbeugend zu verhindern."⁵¹ Der polnische Alptraum erschreckte SED- und MfS-Führung gleichermaßen. Als eine Konsequenz ließ Mielke die Planungen für den Ernstfall am Tag X nunmehr laufend aktualisieren.⁵² Noch im Herbst 1983 wurde in der HA XX/4 ein eigenes Referat zur Bekämpfung des "politischen Untergrundes" gegründet. Die Leitung übernahm Wolfgang Grimm, ein jüngerer MfS-Mitarbeiter, der im Fernstudium an der Humboldt-Universität Kriminalistik studiert hatte.

Damit hatte die kirchenpolitische Abteilung ihre endgültige Struktur⁵³ gefunden. Als stellvertretender Abteilungsleiter fungierte seit 1979 Klaus Roßberg, der lange Jahre das Referat I (Evang. Kirche) geführt hatte. Die neu geschaffene Position eines 2. Stellvertreters nahm seit Ende 1983 Artur Hermann ein. Er kam aus der Bezirksverwaltung Gera, wo er sich, zuletzt als stellvertretender Leiter der Abteilung XX, besondere Kenntnisse bei der Bearbeitung der Thüringer Kirche erworben hatte. Im Juni 1988 verfügte die Abteilung über 44 reguläre

⁴⁹ HA XX/4: Jahresanalyse 1976 über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf der Linie XX/4 vom 6.1.1977; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 53 (1), Bl. 302f.

⁵⁰ Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter, S. 99ff. und Anlage.

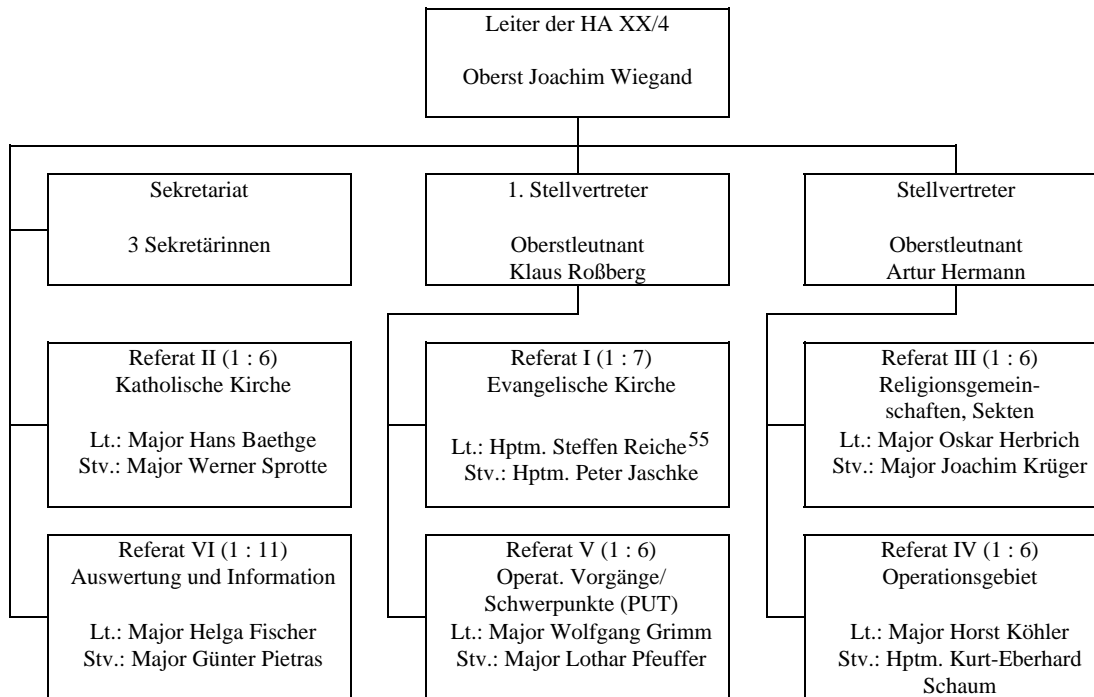
⁵¹ HA XX/4: Planvorgabe 1983 vom 8.10.1982; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 50 (8), Bl. 103.

⁵² Vgl. Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS (Analysen und Berichte 1/1995, hrsg. von der Abteilung Bildung und Forschung), Berlin 1995.

⁵³ Das bisherige Referat V (Information und Auswertung) wurde in Referat VI umbenannt.

Planstellen. Hinzu kamen weitere zehn für Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) bzw. Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM), davon zwei OibE- und die beiden HIM-Stellen für das "Institut Wandlitz". Des weiteren zählten zur HA XX/4 sechs Offizierschüler, die 1988 als Nachwuchskader ein Studium an den Universitäten Berlin und Jena bzw. an der MfS-Hochschule absolvierten. Auf der nachgeordneten "Linie" in den 15 Bezirksverwaltungen waren zuletzt rund 120 Hauptamtliche eingesetzt.

Struktur der Hauptabteilung XX/4 1988⁵⁴



Die Tätigkeit der kirchenpolitischen MfS-Abteilung beschränkte sich nicht auf die Bespitzelung und Unterwanderung der Kirchen. Sie nahm mit ihren spezifischen Mitteln und Methoden zugleich eine zentrale Koordinierungsfunktion bei der Umsetzung der staatlichen Kirchenpolitik wahr. Ihre IM und Offiziere im besonderen Einsatz besetzten wichtige Schlüsselstellungen im gesamten Staatsapparat:

Im Staatssekretariat für Kirchenfragen arbeiteten zuletzt drei OibE, die regulär auf dem Stellenplan der HA XX/4 geführt wurden: Hauptabteilungsleiter Peter Heinrich⁵⁶, Eckhard Stephan⁵⁷ als Referent des Hauptabteilungsleiters und Peter Arndt in der Abteilung Rechts- und Grundsatzfragen. Aufschlußreich für das Verhältnis von MfS und SED ist ein Vermerk

⁵⁴ Stellenplan der HA XX/4 vom 13.8.1988; BStU, ZA, HA XX/4 13, Bl. 183–186. Personalstärke der Referate inkl. OibE und HIM. Unbesetzt war im Juni 1988 jeweils eine Stelle in den Referaten II, V und VI.

⁵⁵ Seit April 1988, zuvor Gerhard Bartnitzek.

⁵⁶ BStU, ZA, KS 5562/90. Heinrich unterstanden 1985 die Abteilungen Evang. Kirche, Rechts- und Grundsatzfragen, Internationale Beziehungen sowie der Sektor Reisefragen. Er vertrat ferner bei Abwesenheit den Staatssekretär gegenüber der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK der SED.

⁵⁷ BStU, ZA, KS 5471/90.

Wiegands: Der Einsatz des OibE Arndt wurde zuvor "kaderpolitisch mit der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, Genossen Bellmann, abgesprochen und findet volle Zustimmung und Unterstützung."⁵⁸ Als "Schild und Schwert der Partei" war das MfS nur dem Politbüro bzw. dem ZK-Apparat der SED rechenschaftspflichtig, nicht jedoch anderen staatlichen Instanzen.

Klaus Gysi, der 1979 die Nachfolge Seigewassers antrat, hatte selbst als IM (1956–1964⁵⁹) für das MfS gearbeitet. Ebenso sein Stellvertreter Hermann Kalb von der CDU (IM 1950–1966⁶⁰). Zu beiden unterhielt das MfS denn auch späterhin einen engen "offiziellen" Kontakt: "Zwischen dem Leiter der HA XX/4 (bei dessen Abwesenheit durch seinen Stellvertreter) besteht eine ständige Verbindung zum Staatssekretär für Kirchenfragen."⁶¹ Über den Stellvertreter Gysis heißt es 1982 in einem Auskunftsbericht des MfS: "Kalb bemüht sich um ein gutes Verhältnis zu den zuständigen Genossen des MfS und berichtet zu aktuell anstehenden Fragen. Vielfach wird von ihm im Zusammenhang mit anstehenden Problemen die Verbindung zum MfS, auch in persönlichen Fragen, gesucht."⁶² Dies allein genügte jedoch nicht. Horst Dohle, 1975 zunächst persönlicher Referent Seigewassers, dann Leiter des Büros von Gysi, berichtete inoffiziell als IM "Horst"⁶³. Unter dem gleichen Decknamen arbeitete auch Abteilungsleiter Hans Wilke.⁶⁴ Weitere Referenten, Sachbearbeiter und Sekretärinnen wären zu nennen, so daß die HA XX/4 nicht nur über alle Vorgänge bestens informiert war, sondern jederzeit auch entsprechenden Einfluß nehmen konnte: sowohl im Zuge der dienstlichen Zusammenarbeit wie auch in verdeckter Form. Als IM, teils auch als OibE, waren in den achtziger Jahren ferner die meisten Referenten für Kirchenfragen bei den Räten der Bezirke und Kreise verpflichtet. Sie sorgten vor Ort für die Abstimmung der staatlichen Kirchenpolitik mit den inoffiziellen Vorgaben des MfS. Auch Kurt Löffler, der 1988 die Nachfolge Gysis antrat, kannte keine Berührungsscheu. Er war bereits 1975 von Mielke mit der "Medaille für Waffenbrüderschaft" (in Silber) ausgezeichnet worden.⁶⁵ Als Staatssekretär im Kulturministerium hatte sich Löffler in "offizieller" Zusammenarbeit als ein williger Partner des MfS bei "Bearbeitung" unbotmäßiger Schriftsteller erwiesen.⁶⁶ Angesichts dieser Struktur stellt sich durchaus die Frage, ob das Staatssekretariat für Kirchenfragen überhaupt noch als eine eigenständige staatliche Dienststelle angesehen werden kann.

⁵⁸ HA XX/4: Einsatz des Offiziers im besonderen Einsatz in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom 23.12.1982; BStU, ZA, HA XX/4-614, Bl. 222.

⁵⁹ BStU, ZA, AIM 3803/65.

⁶⁰ BStU, ZA, AIM 12983/63. Endgültig archiviert wurde der Vorgang erst 1967, nachdem Kalb Mitglied des Präsidiums der Volkskammer (1966) geworden war.

⁶¹ HA XX/4: Jahresanalyse 1980 vom 30.9.1980; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 53 ab, Bl. 29.

⁶² HA XX/4: Auskunftsbericht vom 18.11.1982; BStU, ZA, HA XX, Bündel 1150.

⁶³ BStU, ZA, Teilablage 95/89. Werbung 1973.

⁶⁴ BStU, ZA, AIM 2968/70. Wilke wurde 1970 zum GMS umregistriert.

⁶⁵ Befehl K 462/75 vom 8.2.1975; BStU, ZA, HA XX-208, S. 129 (MfS-Zählung).

⁶⁶ Vgl. hierzu die Studie von Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996.

Über Schlüsselpositionen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen beeinflusste das MfS nachhaltig die Kader- und Berufungspolitik der theologischen Fakultäten bzw. Sektionen.⁶⁷ Hier arbeiteten über die Jahrzehnte drei der jeweils zuständigen Fachreferenten zugleich für die HA XX/4. Zuletzt wurde diese Position mit Berndt-Norbert Winkler⁶⁸, einem OibE, besetzt.

Auch im Innenministerium hatte die kirchenpolitische Abteilung zwei Offiziere im besonderen Einsatz platziert: Manfred Seltsmann⁶⁹ (bereits seit 1961) und Harald Wachowitz⁷⁰: Sie waren in der Abteilung I der Hauptabteilung Kriminalpolizei beschäftigt und leiteten von dort jene Mitarbeiter in den Dienststellen des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei (K I)⁷¹ an, die für die Bespitzelung der kleineren Religionsgemeinschaften (mit Ausnahme der Zeugen Jehovas) zuständig waren und zu diesem Zweck ein eigenes IM-Netz unterhielten. Da das MfS sukzessive immer mehr Vorgänge an sich zog, besaß dieses Aufgabenfeld für die K I zum Schluß nurmehr geringe Bedeutung. Im Herbst 1988 schlug die Hauptabteilung XX deshalb vor, die Bearbeitung der 31 in der DDR zugelassenen kleineren Religionsgemeinschaften gänzlich der HA XX/4 zu übertragen und den Personalbestand auf der gesamten Linie um 25 Mitarbeiter zu erhöhen.⁷² Gleichwohl bedarf die Tätigkeit der K I, bei der im Jahre 1965 nicht weniger als 360 Mitarbeiter "ausschließlich auf der Linie Religionsgemeinschaften" eingesetzt waren, noch einer gründlichen Untersuchung.

Auch im Bereich der Kirchenpolitik agierte das MfS stets in doppelter Funktion: Als staatliches Ministerium arbeitete man mit allen Partei- und Staatsorganen auf amtlicher Ebene zusammen. Im MfS-Jargon waren dies die "Partner des operativen Zusammenwirkens" (POZW). Als Generalunternehmer für Sicherheit verließ sich das MfS jedoch nicht auf die enge Abstimmung der Partei- und Staatsorgane, die durch die rigorose Kaderpolitik und Nomenklaturordnung der SED ohnehin gegeben war. Der klandestine MfS-Apparat agierte

⁶⁷ Vgl. den Beitrag von Gerhard Besier, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, S. 267–297.

⁶⁸ BStU, ZA, KS 5451/90.

⁶⁹ BStU, ZA, KS 5402/90.

⁷⁰ BStU, ZA, KS 5454/90.

⁷¹ Vgl. Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression, hrsg. von den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen, Berlin 1996. Grundlegend für die achtziger Jahre war die MdI-"Richtlinie Nr. 00202/82 über die differenzierte kriminalpolizeilich-operative Bearbeitung von Personen und Personengruppen in Religionsgemeinschaften und Vereinigungen, die diese Tätigkeit zur Organisierung und Durchführung krimineller oder feindlicher Handlungen zu nutzen versuchen" vom 30.7.1982 (gez. Oberst Pietsch); BStU, ZA, DSt 000131. Pietsch war Leiter der MfS-Operativgruppe im MdI, Hauptabteilung Kriminalpolizei.

⁷² HA XX: Vorschlag zur Übernahme der politisch-operativen Bearbeitung in der DDR bestehender Religionsgemeinschaften durch das Ministerium für Staatssicherheit vom 10.8.1988. Druck: Besier/Wolf (Hrsg.): "Christen, Pfarrer, Katholiken", S. 561–564. Vgl. auch HA XX/4: Kriminalpolizeilich-operative Kontrolle und Bearbeitung von Personen und Personengruppen in Religionsgemeinschaften und vorbeugende Verhinderung ihres politischen Mißbrauchs, o. D. (1987); BStU, ZA, HA XX/4-2064, Bl. 195–197.

neben und außerhalb der bereits vorhandenen Parallelstruktur von Partei und Staat und stellte auf allen Ebenen einen weiteren Kontrollzug der SED-Führung dar, dessen umfassendes Steuerungs- und Manipulationspotential keiner rechtlich-normativen Beschränkung unterlag.

2. Das IM-Netz

Entscheidend für die "Bearbeitung" aller Gesellschaftsbereiche war ihre Durchdringung mit inoffiziellen Mitarbeitern. Sie stellten, wie Mielke immer wieder hervorhob, "die Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind" dar. Als Informanten waren sie die Zuträger, mit der Erfüllung von Aufträgen zugleich das Werkzeug des Repressionsapparates.

Die Anwerbung kirchlicher Mitarbeiter, ihre "Erziehung" zum IM und Steuerung durch den IM-führenden Mitarbeiter war seit 1952 in den Direktiven penibel geregelt.⁷³ Auf entsprechende Schulung der Mitarbeiter wurde von Anfang an großer Wert gelegt. In späteren Jahren erfolgte die Ausbildung an der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche, die unter anderem einen Lehrstuhl für "operative Psychologie" besaß. Jeder Werbungsvorschlag mußte seit 1952 zuvor vom zuständigen Referats- bzw. Abteilungsleiter bestätigt werden.⁷⁴ Seit Mitte der siebziger Jahre bestand, zumindest in einigen Bezirksverwaltungen, die verschärfte Anweisung, daß die Kontaktierung und Werbung hauptamtlicher Kirchenmitarbeiter nur mit der Genehmigung des BV-Leiters bzw. des "Stellvertreters Operativ" durchgeführt werden durfte.⁷⁵ Die unmittelbare Einschaltung der Führungsspitze verweist auf die hohe Bedeutung, die dem politisch sensiblen Kirchenfeld zugemessen wurde. Ein eigenmächtiges Vorgehen untergeordneter Mitarbeiter war strikt verboten und wurde als Verstoß gegen die militärische Disziplin streng geahndet. Auch waren die Referatsleiter zur laufenden Kontrolle ihrer IM-führenden Mitarbeiter angehalten. Ein wichtiges Kontrollinstrument stellte die Verpflichtung der Vorgesetzten dar, in bestimmten Abständen persönlich an den IM-Treffen ihrer Mitarbeiter teilzunehmen.

⁷³ Speziell für die "Kirchenlinie" vgl. die Dienstanweisung Mielkes Nr. 22/52/V/E zur Sachakte "Kappe" [Junge Gemeinde] vom 23.11.1952; BStU, ZA, DSt 100853. Druck: Besier/Wolf (Hrsg.): "Pfarrer, Christen, Katholiken", S. 159-173. Sowie die Dienstanweisung Mielkes Nr. 2/52/V/D zur Sachakte "Dämmerung" [Allgemeine Bibellehr-Vereinigung] vom 30.10.1952; BStU, ZA, DSt 100860. Zentrale Bedeutung hatte die Richtlinie Nr. 21 vom 20.11.1952: Über die Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten; BStU, ZA, DSt 101097. Druck: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 164–191.

⁷⁴ Zu Direktiven und Praxis der IM-Führung vgl. die Einleitung bei Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 11–154.

⁷⁵ Vgl. Schreiben des Stellvertreters Operativ der BV Karl-Marx-Stadt an den stellvertretenden MfS-Minister, Generalmajor Mittig, vom 9.6.1977; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 50 (8), Bl. 89: "Zur Verhinderung unüberlegter Kontaktierungen und Werbungen hauptamtlicher Kirchenfunktionäre wurde am 13.2.1975 durch den Leiter der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, Genossen Generalmajor Gehlert, der Befehl Nr. 2/75 erlassen. In diesem Befehl bedürfen alle Kontaktierungen und späteren Werbungen von kirchlichen Mitarbeitern seiner Genehmigung." Eine ähnliche Regelung ist für die BV Dresden und BV Schwerin nachweisbar.

Auf Spezifika der Aktenführung und ihrer quellenkritischen Interpretation kann hier nicht weiter eingegangen werden.⁷⁶ Die Führung fiktiver IM als einer gängigen Praxis sozialistischer Planerfüllung ist jedoch eindeutig in das Reich interessierter Legendenbildung zu verweisen.⁷⁷ Entscheidendes Kriterium für die Registrierung und Führung als IM war die Einhaltung der Konspiration, weshalb in der Aktenführung auch sauberlich zwischen dem IM-Vorlauf, der Aufklärung und Werbungsphase und dem eigentlichen IM-Vorgang unterschieden wurde. Zu den "linienspezifischen" Besonderheiten gehörte es, daß den IM zumeist keine schriftliche Verpflichtungserklärung abverlangt wurde. Üblich und zulässig war im Kirchenbereich seit der IM-Richtlinie 21 von 1952 vielmehr die mündliche Verpflichtung. In Sonderfällen kam die Methode des "allmählichen Heranziehens zur Mitarbeit" zur Anwendung. Auch konkludentes Verhalten konnte eine Registrierung als IM begründen. Wichtiger als die formelle Verpflichtung war dem MfS die Einhaltung der Konspiration. Zu den Aufgaben der Führungsoffiziere zählte es deshalb, die "Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit" des IM laufend zu überprüfen; ein probates Mittel stellte neben technischen Maßnahmen der Einsatz anderer IM zur gegenseitigen Kontrolle dar.

Einen detaillierten Einblick in die IM-Struktur der späten achtziger Jahre gibt eine Statistik für das Jahr 1987.⁷⁸ Danach führte die HA XX/4 zum Jahresende 156 IM im engeren Sinne, die sich aus unterschiedlichen Kategorien zusammensetzten: 81 Personen waren als "IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs" (IMS) registriert. Einer höheren IM-Kategorie gehörten die zehn "IM für den besonderen Einsatz" (IME) an. Auf der "Kirchenlinie" handelte es sich hierbei um IM in Schlüsselpositionen, die als Experten oder Einfluß-IM tätig waren. Zur Elite im abgestuften Spitzelsystem zählten schließlich die 65 IMB. Die "IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen", so die bürokratisch korrekte Langform, stellten gewissermaßen den IM-Adel dar. In dieser Kategorie waren 1987 gerade 3,6 Prozent aller für die Staatssicherheit tätigen IM registriert.⁷⁹ Da das MfS die Einstufung der IM nach eigenen Kriterien vornahm, sagt die IM-Kategorie nichts über den Rang eines IM in der Kirchenhierarchie aus. So konnten Laien, einfache Pfarrer oder Sekretärinnen ebenso als IMB eingestuft sein wie Mitglieder kirchenleitender Gremien. Allerdings sind bei diesem

⁷⁶ Vgl. Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 3/1994), BStU, Berlin 1994.

⁷⁷ Im Zuge von mittlerweile zwei Millionen Überprüfungsverfahren (Stand: März 1996) sind der Behörde des Bundesbeauftragten bislang insgesamt rund 20 Fälle bekannt geworden, in denen MfS-Offiziere entgegen allen dienstlichen Vorschriften völlig unbeteiligte Personen als fiktive IM geführt haben. (Ein solcher Verstoß wurde bei MfS-internen Kontrollen spätestens bei der Übergabe des angeblichen IM an einen anderen operativen Mitarbeiter aufgedeckt.) Bezogen auf rund hunderttausend Belastungsfälle, in denen der BStU Auskünfte erteilt hat, sind dies 0,02 Prozent.

⁷⁸ HA XX/4: Einschätzung der Qualität und Wirksamkeit der IM-, OV- und OPK-Arbeit im Jahr 1987 vom 6.1.1988; BStU, ZA, HA XX/4-14; Bl. 7f.

⁷⁹ Vgl. Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989 (BF informiert 3/1993), BStU, Berlin 1993, S. 55.

Personenkreis häufiger IMB-Registrierungen anzutreffen, da Inhaber kirchenleitender Funktionen in aller Regel für das MfS von größerem Nutzen und Wert waren.

Zum IM-Bestand zählten weiterhin 54 IM für Konspiration (IMK), die ihre Wohnung, Anschrift oder Telefonnummer dem MfS für konspirative Treffen zur Verfügung stellten, sowie 13 Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS). Sie besetzten zumeist wichtige Positionen im Staatsapparat und arbeiteten ebenfalls konspirativ mit dem MfS zusammen. Insgesamt waren es 223 Personen, die 1987 von der HA XX/4 als inoffizielle Mitarbeiter in unterschiedlichen Funktionen geführt wurden.

Weiterhin verzeichnet die Statistik 61 IM-Vorläufe, das heißt Personen, die vom MfS aufgeklärt wurden und als potentielle Kandidaten für eine inoffizielle Zusammenarbeit gewonnen werden sollten. Geplant war für 1987 die Werbung von zehn IMS, zwei IMB, vier IMK und einem GMS, zur Registrierung kam es jedoch nur in elf Fällen. Die größten Ausfälle waren in der Kategorie IMS zu verzeichnen, hier konnte das Plansoll nur zur Hälfte erfüllt werden. Als Begründung hielt die Analyse fest: "Die das MfS diffamierenden Aktivitäten sind angewachsen und öffentlichkeitswirksamer geworden, was nicht ohne negative Auswirkungen bleibt. So konnten einige Kontaktaufnahmen nicht weitergeführt bzw. ausgebaut werden."

Rund ein Fünftel der 156 IM gehörten der SED an, ihre staatsloyale Haltung dürfte öffentlich bekannt gewesen sein. Bei den IMK und GMS, die andere Funktionen erfüllten, lag der Anteil der Parteimitgliedschaft bei 85 Prozent. Interessant ist die Altersstruktur der IM (ohne IMK/GMS): 28 waren bis 35 Jahre alt (davon 8 bis 25 J.), bei den bis 45jährigen verzeichnete die Statistik 51, bis 55 Jahre nochmals 50, älter als 56 Jahre waren 27 IM (davon 8 über 65 J.). Die konspirativen Treffen fanden zumeist monatlich (61 Fälle), häufig sogar alle vierzehn Tage (47 Fälle) statt. Kein Treffen im Berichtsjahr ist für 11 IM angegeben, ohne daß eine nähere Erläuterung vorliegt. Überwiegend in konspirativen Wohnungen trafen sich 100 IM mit ihrem Führungsoffizier, bei 52 ist als Treffort das "Arbeits- und Dienstzimmer bzw. Wohnung des IM" angegeben. Letzteres galt auch für 17 IMB. Selten traf man sich hingegen in Gaststätten oder im Fahrzeug des Führungsoffiziers. Mit 80 IM fanden die Treffen "überwiegend nach 17.00 Uhr" statt, was, wie so manches andere, zu den Unannehmlichkeiten des Berufes zählte und das Familienleben stark belastete. Als "überwiegende Form" der Informationsübermittlung ist in 99 Fällen die schriftliche Berichterstattung des IM angegeben (vor allem bei IMS und IME), in weiteren 50 Fällen Tonbandaufzeichnung und nur in sieben Fällen erfolgte, so jedenfalls die Statistik, die Dokumentation überwiegend durch Treffberichte des Führungsoffiziers. Falls der Statistik in diesem Punkt keine Eintragungsfehler zugrunde liegen, würde die hohe Verschriftlichung auf eine völlig gewandelte Praxis der IM-Berichterstattung in den späten achtziger Jahren verweisen. Denn in früheren Jahren stellte die mündliche Berichterstattung (auch auf Tonband) den Regelfall dar, deren Inhalte die Füh-

rungsoffiziere anschließend in einer Aktennotiz, dem sogenannten Treffbericht, zu Papier brachten.⁸⁰

Von den 156 IM (ohne IMK/GMS) arbeiteten 86 IM "in Schwerpunktbereichen bzw. Schlüsselpositionen"; weitere Angaben zum konkreten Einsatzbereich lassen sich der Statistik leider nicht entnehmen. Unter der Rubrik "[Einsatz] im und nach Operationsgebiet" sind 38 IM registriert (14 IMS, 23 IMB, 1 IME). Da bei elf IM als Staatsangehörigkeit "NSA" (nicht-sozialistisches Ausland) angegeben ist, dürfte es sich hier überwiegend um Bürger aus der Bundesrepublik handeln, die für die HA XX/4 kirchliche Einrichtungen im Westen ausspionierten. Die West-Agenten sind möglicherweise mit jenen elf IM identisch, für die im Berichtsjahr 1987 kein Treffen mit dem Führungsoffizier verzeichnet ist. Die übrigen Einsätze im Operationsgebiet gehen auf das Konto von IM aus der DDR, die sich zeitweilig zu Tagungen, Privatbesuchen oder anderen Reiseanlässen im Westen aufhielten. Zum separaten IM-Netz der HV A sind derzeit keine Angaben möglich.

Zur Bearbeitung von Operativen Personenkontrollen waren fünf IMS und sieben IMB angesetzt, in der höchsten Bearbeitungsstufe, den Operativen Vorgängen, kamen elf IMS und neun IMB zum Einsatz. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Vergleich mit der OPK/OV-Statistik. Sie weist zum Jahresende 1987 31 aktuell geführte OPK gegen 32 Personen aus, sowie 15 OV, in denen insgesamt 216 Personen erfaßt waren. Einen besonderen Schwerpunkt stellten die Zentralen Operativen Vorgänge (ZOV) dar, die ihrerseits aus verschiedenen Teilvorgängen (TV) bestanden. Ausdrücklich genannt wurden 1987: ZOV "Konflikt" (überregionale Umweltkreise), ZOV "Symbol" (überregionale Friedenskreise) ZOV "Container" (Ostmissionen) und ZOV "Sumpf" (Zeugen Jehovas). Aus der Gegenüberstellung ergibt sich, daß die gezielte operative Personenbearbeitung mit entsprechenden Zersetzungsmassnahmen nicht im Mittelpunkt der IM-Tätigkeit stand. An diesem schmutzigen Geschäft war nur ein Fünftel des IM-Netzes direkt beteiligt. Die meisten IM nutzte das MfS primär zur Informationsbeschaffung, wobei auch scheinbar harmlose Auskünfte in einem anderen Kontext von Bedeutung sein konnten. Jedenfalls hatte der IM auf ihre weitere Verwendung durch das MfS keinen Einfluß. 1987 legte die HA XX/4 fünf OV und sieben OPK neu an, dabei stammte in vier bzw. fünf Fällen die Ausgangsinformation von IM der eigenen Diensteinheit. Zwei OPK wurden aufgrund von Hinweisen anderer MfS-Stellen eröffnet, eine OPK zum OV hochgestuft. Neben der Informationsbeschaffung sollten die IM,

⁸⁰ Das MfS war sich des quellenkritischen Problems nachträglich angefertigter Treffberichte durchaus bewußt. So erklärte Mielke beispielsweise auf einer Dienstkonferenz im Oktober 1988: "Untersuchungen haben bestätigt, daß die Berichterstattung der IM während der Treffs überwiegend in mündlicher Form erfolgt. Dadurch und durch die Tatsache, daß die IM-führenden Mitarbeiter diese Informationen häufig erst zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich aufarbeiten und damit gewissermaßen Gedächtnisprotokolle anfertigten, verstärkt sich die Gefahr, daß die Informationen der IM nicht mehr objektiv wiedergegeben werden und subjektiv gefärbte Wertungen entstehen. Der schriftlichen Berichterstattung durch die IM ist also wieder die erforderliche Bedeutung beizumessen." Zitiert nach Engelmann: Struktur, S. 27, Anm. 68.

vor allem jene in herausgehobenen Positionen, als Einfluß-Agenten im Sinne des MfS wirken. Diese Tätigkeit ließ sich allerdings nicht statistisch bilanzieren.

Nach eigener Einschätzung der HA XX/4 konnten mit dem vorhandenen IM-Netz die "operativen Schwerpunkte im Prinzip abgesichert werden". Dies sei vor allem "durch das Wirksamwerden überörtlich einsetzbarer IM bzw. von IM in zentralen und Schlüsselpositionen" möglich gewesen. Allerdings hieß es einschränkend auch, daß mit dem Kaderbestand der Diensteinheit nicht alle "Gremien und Strukturen" der Kirchen und Religionsgemeinschaften "unter detaillierter Kontrolle" gehalten werden könnten. Auch in einigen, nicht näher bezeichneten Leitungsgremien seien aufgrund von Neuwahlen Lücken im IM-Netz entstanden. Die Qualität der Zusammenarbeit mit den IM wurde durchschnittlich als "gut bis sehr gut" beurteilt; sie sei jedoch "nach wie vor abhängig von der menschlichen Reife und fachlichen Qualifikation des operativen Mitarbeiters".⁸¹ 1987 verfügte die HA XX/4 über 33 operative Mitarbeiter, so daß ein Führungsoffizier im Mittel fünf IM (inkl. GMS) zu betreuen hatte. Allerdings war die Spannbreite von zwei bis zu 14 IM stark ausgeprägt. Abteilungsleiter Wiegand sowie seine Stellvertreter Roßberg und Hermann führten jeweils sechs IM.

Die Führung des IM-Netzes forderte nicht nur erfahrene, psychologisch geschulte Mitarbeiter, sondern verursachte auch Kosten. Schließlich übten nicht alle IM ihr tschekistisches Ehrenamt auch auf rein ehrenamtlicher Basis aus. An gelegentlichen oder regelmäßigen Zuwendungen erhielten die IM der HA XX/4 im Jahre 1987 insgesamt 145.300 Mark, weitere 12.128 Mark wurden im Finanzplan als Auslagenersatz für IM abgebucht. An unmittelbaren Treffkosten entstanden 16.353 Mark Unkosten, der Unterhalt der konspirativen Wohnungen und Objekte schlug mit 14.378 Mark zu Buche. Alles in allem beliefen sich die operativen Ausgaben auf 188.159 DDR-Mark plus 17.208 DM an Devisen. Dies mögen aus heutiger Sicht kleine Summen sein, doch verbrauchte die kirchenpolitische Abteilung damit knapp 23 Prozent aller operativen Mittel, die der gesamten Hauptabteilung im Inland zur Verfügung standen.⁸² Andere Abteilungen mit einem erheblich größeren IM-Netz wie beispielsweise die HA XX/7 (Kultur/Medien) mußten mit 35.000 Mark auskommen, der HA XX/1 (Staatsapparat) standen 45.000 Mark zur Verfügung, die HA XX/3 (Sport) verbrauchte 65.000 Mark.

Ein Jahr später stiegen die operativen Ausgaben der HA XX/4 auf insgesamt 219.519 Mark und 18.410 DM, während andere Abteilungen drastische Einsparungen vornehmen mußten. Mit 164.110 Mark aus dem Konto "USK 6000" verbrauchte das IM-Netz der HA XX/4 ein Drittel aller Mittel, die der Hauptabteilung für direkte Zuwendungen an IM zur Verfügung

⁸¹ HA XX/4: Einschätzung der Qualität und Wirksamkeit der IM-, OV- und OPK-Arbeit im Jahre 1987 vom 6.1.1988; BStU, ZA, HA XX/4-14, Bl. 3f.

⁸² HA XX/4: Operative Ausgaben im Jahre 1987, o. D.; BStU, ZA, HA XX, Bündel 167 (unerschlossenes Material).

standen. Die abgerechneten Beträge reichten von 4,70 Mark für IM "Wolke" bis zu 9.735 Mark für IM "Max". Vielfach handelte es sich nur um Geschenke und andere kleine Aufmerksamkeiten. Unter 100 Mark lagen die Zuwendungen bei 58 IM. Finanzielle Interessen dürften hier kaum im Spiel gewesen sein. Nicht wenige IM erhielten 1988 gar keine Zuwendungen, sondern lediglich ihre Auslagen "zur Auftrags Erfüllung" erstattet. In 29 Fällen sind Zuwendungen bis 300 Mark verzeichnet. Zwischen 300 und 1.000 Mark erhielten 36 IM, weitere sieben bis 2.000 Mark. Einige ließen sich ihre Dienste auch besser bezahlen. So weist die Aufstellung 24 IM mit mehr als 2.000 Mark an Zuwendungen auf, darunter 14 "Spitzenverdiener" mit über 5.000 Mark.⁸³

Da das MfS einem planwirtschaftlichen Statistikwahn huldigte, sind wir auch über die Stückkosten der Informationsbeschaffung unterrichtet. So führte die Bezirksverwaltung Berlin zum Jahresende 1982 77 IM, darunter zwei Führungs-IM (FIM). Die fünf operativen Mitarbeiter des kirchenpolitischen Referats und die beiden Führungs-IM führten monatlich 70 Treffen mit ihren IM durch, wobei durchschnittlich 250 Informationen erarbeitet wurden. An Kosten pro Treffen, einschließlich der Zuwendungen an IM, errechnete man 38,30 Mark, die Auslagen pro Information auf 12,25 Mark. Die Gesamtkosten je IM wurden, einschließlich Bewirtung und Unterhalt der konspirativen Wohnungen, mit durchschnittlich 588 Mark angegeben.⁸⁴ Es waren die mit Abstand teuersten IM der ganzen Abteilung XX, die insgesamt rund 870 IM (ohne IMK) führte. Die "Kirchenlinie" galt als ein schwieriges Arbeitsfeld, weshalb man keine Kosten scheute und mit Präsenten nicht geizte. Doch auch hier arbeiteten die meisten IM nicht um des schnöden Mammons willen für das MfS. Dieses Motiv mag bei den "Spitzenverdienern" eine Rolle gespielt haben, ansonsten waren die Zuwendungen im Vergleich zu den Gehältern der Hauptamtlichen ausgesprochen kärglich bemessen.

Die Frage, wieviele IM auf der gesamten "Kirchenlinie" für den Staatssicherheitsdienst arbeiteten, ist damit allerdings noch nicht beantwortet. Die meisten IM wurden nämlich nicht von der Berliner Zentrale, sondern von den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS gesteuert. Mit dem Ausbau der HA XX/4 wurden seit Mitte der achtziger Jahre auch die kirchenpolitischen Referate in den Bezirksverwaltungen deutlich verstärkt. So wies das Referat XX/4 der Berliner Bezirksverwaltung 1989 ein Plansoll von 13 Stellen (ohne Schreibkräfte) auf, wovon fünf Mitarbeiter für die Bearbeitung der evangelischen Kirche angesetzt waren: Jeweils ein MfS-Offizier für die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg, für Konsistorium/Synode, für die Kirchenkreise, für "Gruppierungen/Veranstaltungen" sowie schließlich für "Werke und Organisationen", worunter auch "Ausbildungsstätten und Jugend" subsumiert waren. Zwei Mitarbeiter waren unter direkter Anleitung des Referatsleiters für die Bearbeitung des Operativen Vorgangs "Blues" (Eppelmann) abgestellt. Die Überwachung der

⁸³ HA XX/4: Operative Ausgaben im Jahre 1988, o. D.; ebenda.

⁸⁴ BV Berlin, Leiter der Abteilung XX: Auswertung der Treff- und Informationstätigkeit für 1982 vom 25.1.1983; BStU, ASt Berlin, A 765, Bl. 5.

katholischen Kirche erfolgte durch drei Mitarbeiter, jeweils ein weiterer war für Sekten und Freikirchen bzw. für kirchliche Antragsteller auf ständige Übersiedelung in den Westen zuständig. Als inoffizielle Basis verfügte das Referat XX/4 nach einer Überprüfung und Ausmusterung unproduktiver IM zuletzt über 56 IM (48 IMS, 8 IMB) sowie 23 IMK. Im Bereich der evangelischen Kirche waren davon 7 IMB, 25 IMS und 12 IMK tätig.⁸⁵ Am anderen Ende des Spektrums bewegte sich das kirchenpolitische Referat der Bezirksverwaltung Neubrandenburg. Es führte 1985 mit sechs Mitarbeitern nur 27 IM, davon fand mit neun im 1. Quartal kein Treffen statt.⁸⁶ Diese Zahlen belegen das Ausmaß der Bespitzelung, verweisen aber auch auf die Grenzen, die dem hauptamtlichen MfS-Apparat gesetzt waren. Eine umfassende Überwachung aller kirchlichen Einrichtungen war damit nicht zu leisten – und wohl auch nicht nötig. Die Aktivitäten konzentrierten sich gemäß dem postulierten Schwerpunktprinzip vor allem auf die Durchdringung kirchenleitender Gremien sowie auf die Bekämpfung "feindlich-negativer" Kreise. Das breite Feld der Diakonie und zahlreicher anderer kirchlicher Einrichtungen wurde überwiegend nur in Materialsammlungen erfaßt.

Da für die nachgeordneten Ebenen bislang keine Gesamtstatistiken vorliegen, müssen wir einige Mosaiksteine als Anhaltspunkte für eine Hochrechnung nehmen. In Berlin, der mit rund 3.800 hauptamtlichen Mitarbeitern größten Bezirksverwaltung, waren 1989 im kirchenpolitischen Referat 13 operative Mitarbeiter beschäftigt. Das Referat XX/4 der (zweitstärksten) Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt zählte zehn Mitarbeiter, in Dresden weist der Stellenplan neun Mitarbeiter (und eine unbesetzte Planstelle) aus, in Neubrandenburg und in Gera jeweils acht. In den Bezirksverwaltungen Frankfurt/Oder und Rostock kamen zuletzt auf der "Kirchenlinie" jeweils sieben Mitarbeiter zum Einsatz, in Cottbus sechs.⁸⁷ Wenn wir den Mittelwert mit acht ansetzen, so waren 1988/89 etwa 120 MfS-Offiziere mit der Bearbeitung der Kirchen und Religionsgemeinschaften beschäftigt. Wenn wir ferner annehmen, daß jeder operative Mitarbeiter – wie in der HA XX/4 – durchschnittlich fünf IM führte, so ergibt sich eine Größenordnung von weiteren 600 IM. Dieser Wert ist niedrig angesetzt, da erfahrungsgemäß die Fachabteilungen der Bezirksverwaltungen mehr IM pro Mitarbeiter führten als die Hauptabteilungen.⁸⁸

⁸⁵ BV Berlin, Abteilung XX: Struktur des Referates XX/4, o. D. (1989); BStU, ASt Berlin, Abt. XX (unerschlossenes Material). Zu berücksichtigen ist, daß in die "Bearbeitung" der Landeskirche Berlin-Brandenburg auch die MfS-Bezirksverwaltungen Cottbus, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg und Potsdam einbezogen waren.

⁸⁶ BV Neubrandenburg, Abteilung XX: Einschätzung der Wirksamkeit der IM-Arbeit der Diensteinheit im Zeitraum vom 1.1. bis 31.3.1985 vom 23.4.1985 (Anlage 1); BStU, ASt Neubrandenburg, Abt. XX, S III 0001/92, Nr. 8, Bl. 52.

⁸⁷ Angaben nach Struktur- und Stellenplänen der genannten Bezirksverwaltungen, teils auch aus Jahresarbeitsplänen 1988/89 entnommen.

⁸⁸ Bezogen auf alle operativen MfS-Diensteinheiten, führte 1988 in den Kreisdienststellen ein Führungsoffizier 11,6 IM, in den Abteilungen und selbständigen Referaten der Bezirksverwaltungen lag das Ver-

Legt man diese Hochrechnung zugrunde, so ist die *untere* Grenze des aktiven IM-Bestandes der gesamten "Kirchenlinie" mit mindestens 800 IM anzusetzen. Noch nicht berücksichtigt sind hierbei jene IM, die von den rund 200 Kreisdienststellen des MfS geführt wurden. Sie stellen eine derzeit nicht abschätzbare Dunkelziffer dar und können angesichts des großen Faktors den auf der "Kirchenlinie" tätigen IM-Bestand nochmals erheblich in die Höhe treiben. Seriös ist beim gegenwärtigen Kenntnisstand allerdings nur die Angabe eines unteren Grenzbereichs ohne die IM der Kreisdienststellen.

Einen Einblick in das Aufgabenfeld der Kreisdienststellen, die bei der "vorbeugenden Sicherung des Verantwortungsbereichs" zunehmend an Bedeutung gewannen, gibt die mittelfristige "Bearbeitungskonzeption" der Bezirksverwaltung Dresden für die sächsische Landeskirche aus dem Jahre 1986. Hier heißt es: "Die Leiter der Kreisdienststellen haben zu sichern, daß das Sachgebiet Kirche mit einem qualifizierten Mitarbeiter besetzt ist." Zugleich wurde die weitere Einsatzrichtung von zehn IM aus verschiedenen Kreisdienststellen festgelegt. Auch hatten die Kreisdienststellen alle Synodalen aufzuklären und für ihre positive Beeinflussung zu sorgen: "Es ist zu gewährleisten, daß die Synodalen unter politisch-operativer Kontrolle stehen und mit ihnen durch IM, durch staatliche Organe bzw. gesellschaftliche Kräfte ständig politisch gearbeitet wird." Neben zahlreichen weiteren Aufgaben sollten die Kreisdienststellen nicht zuletzt jugendliche IM gewinnen, "die entsprechend ihrer Herkunft und ihrer Entwicklung geeignet sind, ein Theologiestudium oder Jurastudium im Auftrag des MfS über eine Delegation durch die Landeskirche Sachsens aufzunehmen. Als geeignet erscheinen Schüler der EOS (Klassenstufe 10 und 11), Studenten, die in eine andere Studienrichtung gelenkt werden können, Jugendliche, die sich als Bausoldaten mustern lassen."⁸⁹ Die Unterwanderungsstrategie des MfS war ebenso perfide wie langfristig angelegt. Sie setzte in den achtziger Jahren zunehmend auf die Werbung jugendlicher Perspektiv-IM, die nach ihrer Ausbildung in den kirchlichen Dienst eingeschleust werden sollten. So meldete die Bezirksverwaltung Rostock 1984 die Neuwerbung von 31 IM unter kirchlich gebundenen Jugendlichen (1983: 18).⁹⁰ Mit der Zunahme der kirchlichen Basisaktivitäten rückten ebenso die Pfarrgemeinden verstärkt in das Blickfeld. Allein im Bezirk Rostock war den Kreisdienststellen neben der Bearbeitung diverser OPK und OV für 1989 die Anwerbung von elf Gemeindegemeinderäten aufgegeben.⁹¹

hältnis bei 1 : 7,9 IM, in der Hauptabteilung I bei 1 : 11,2 IM, in den übrigen zentralen Dienstseinheiten bei 1 : 4,6 IM.

⁸⁹ BV Dresden, Leiter der Abteilung XX: Konzeption zur komplexen politisch-operativen Bearbeitung der negativ-feindlichen Kräfte im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens auf dem Territorium des Bezirkes Dresden und zur Gewährleistung der Federführung durch die Abteilung XX der Bezirksverwaltung Dresden für den Zeitraum 1986 bis 1990 vom 2.1.1986; BStU, ASt Dresden, Ablage BV allg. 1966-287/93, S. 15, 7, 11 (MfS-Zählung).

⁹⁰ HA XX/4: Einschätzung ausgewählter Probleme der politisch-operativen Lageentwicklung unter jugendlichen Personenkreisen im Jahr 1984, o. D.; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 50 (8), Bl. 308.

⁹¹ BV Rostock, Abteilung XX: Jahresarbeitsplan 1989 [für das] Referat 4 vom 13.1.1989; BStU, ASt Rostock, Abt. XX/4-24, Bl. 44.

Die Bezirksverwaltungen setzten damit jene Strategie in die Praxis um, die ein hochrangiges "Forschungskollektiv" 1983 nach einer Bestandsaufnahme so formuliert hatte:

"Von entscheidender Bedeutung ist die langfristige konzeptionelle Entwicklung von IM, die geeignet sind, die Aufgaben des MfS in den Kirchen in der DDR zu realisieren. Die Besetzung von Leitungs- und Schaltstellen, Informationsknotenpunkten und Einflußpositionen in den Kirchen durch IM ist nur durch eine langfristige konzeptionelle Arbeit möglich. Deshalb ist es notwendig, kontinuierlich geeignete IM für die Besetzung von kirchlichen Funktionen zu entwickeln. Das sollte nach wie vor über den traditionellen Weg geschehen, nämlich vorhandene bzw. neu geschaffene IM aus dem niederen Klerus nach entsprechender Überprüfung und Erprobung dafür vorzubereiten. Zugleich sollte verstärkt die Möglichkeit genutzt werden, entwicklungsfähige EOS-Schüler oder Abiturienten mit Berufsabschluß bzw. Fachschulabsolventen, die positiv zum sozialistischen Staat und zur sozialistischen Gesellschaft stehen, in die Kirchen einzuschleusen, den theologischen Ausbildungsweg durchlaufen zu lassen und an der Basis beginnend, sie nach und nach aufzubauen."⁹²

Eine andere Perspektive vermittelt die statistische Auswertung einer Stichprobe aus dem Bereich der sächsischen Landeskirche. Sie basiert auf einem Sample von 898 Überprüfungsverfahren von Personen, die nach 1990 als kirchliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiter in einem kirchlichen Ehrenamt im Dienste der Landeskirche standen und deren Wohnbezirke sich bis 1989 in Regionen befanden, die unter anderem zum Einzugsgebiet der Bezirksverwaltungen Leipzig, Dresden und Chemnitz gehörten. Von den 898 Personen sind 45, also ca. fünf Prozent, vom MfS zu irgendeinem Zeitpunkt als IM registriert worden: BV Dresden – 22 IM, BV Chemnitz – 12 IM, BV Leipzig – 5 IM, 6 IM von anderen Bezirksverwaltungen. Aus der Statistik ergibt sich ferner, daß bei weitem nicht jeder IM-Vorlauf mit der geplanten Verpflichtung zur inoffiziellen Zusammenarbeit endete. So stehen den 45 IM-Registrierungen 34 Fälle gegenüber, in denen der IM-Vorlauf (bis 1989) zu keiner Werbung führte. Sei es, weil die Person eine Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnte, oder seltener: weil das MfS aus anderen Gründen den Werbungsversuch einstellte. Die Statistik gibt schließlich noch in anderer Hinsicht Auskunft über den Überwachungsstaat: So sind vom MfS nicht weniger als 142 Personen (15,8 %) der Stichprobe im Zuge einer "Operativen Personenkontrolle" (OPK) oder eines "Operativen Vorganges" (OV) "bearbeitet", mit anderen Worten: systematisch ausgeforscht und bespitzelt worden. Knapp 400 weitere Personen waren in den vielfältigen Informationsspeichern des MfS in irgendeinem Zusammenhang namentlich registriert. Weder

⁹² JHS, Sektion Politisch-operative Spezialdisziplin: Lesematerial. Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen "inneren Opposition" in der DDR. Erarbeitet von dem Forschungskollektiv: OSL Härtel, OSL Roßberg, OSL Steiniger, OSL Stirzel, OSL Tronicke, Major Groch, Major Hermann, Major Jonak, Hptm. Ehrhardt, Hptm. Schlippe, Hptm. Weißleder (VVS JHS o001-147/83), S. 192. Das "Lesematerial" ist eine Kurzfassung für Schulungszwecke. Mit der gleichnamigen Forschungsarbeit (BStU, ZA, JHS 21941) wurden an der JHS fünf der Autoren habilitiert bzw. promoviert.

als Betroffene im weitesten Sinne noch als IM bzw. IM-Vorlauf erfaßt, waren in der zentralen Personenkartei "F 16" lediglich 285 Personen (31,7 %).⁹³

Eine lückenlose Überwachung aller kirchlichen Mitarbeiter hat es in der Praxis nie gegeben, allerdings enthielten die Informationsspeicher eine Unmenge personenbezogener Daten und Hinweise, die jederzeit abrufbar waren. Gezielte Personendossiers legte das MfS jedoch nur bei den aktiven Erfassungsarten IM, OPK und OV an. Zu den aktiven, jedoch weniger intensiven und normgebundenen Erfassungsarten zählten ferner der Sicherungsvorgang (SiVo) und die sogenannte KK-Erfassung. War eine Person "aktiv erfaßt", so begründete dies die operative Zuständigkeit der erfassenden Diensteinheit, an die dann alle anfallenden Informationen weitergeleitet werden mußten. Umgekehrt war es allen anderen MfS-Dienst-einheiten untersagt, diese Person zu bearbeiten, aufzuklären oder als IM anzuwerben.

Die quantitative Dimension des IM-Netzes, die hier im Mittelpunkt steht, verdeutlicht das Ausmaß der Infiltration und Überwachung: sie belegt den totalitären Herrschaftsanspruch der SED-Diktatur. Im statistischen Mittel kam Mitte der achtziger Jahre ein inoffizieller Mitarbeiter auf 120 Einwohner, vom Säugling bis zum Greis. An der Spitze lagen die Bezirke Cottbus (1 : 80) und Schwerin (1 : 94); im Mittelfeld rangierten Potsdam (1 : 117) und Gera (1 : 125); das Schlußlicht bildeten die Bezirke Berlin (1 : 148), Erfurt (1 : 149) und Halle (1 : 159).⁹⁴ Das MfS überließ die Denunziationsbereitschaft nicht dem Zufall, sondern organisierte sie systematisch und institutionalisierte sie im IM-Netz. Bezogen auf den Gesamtbestand von zuletzt rund 173 000 IM, waren auf der "Kirchenlinie" jedoch nie mehr als höchstens ein Prozent im Einsatz.

Die Zahlen vermögen in ihrer statistischen Verdichtung – worüber wir uns bewußt sein sollten – nichts über die im konkreten Einzelfall unterschiedlich zu bewertende IM-Tätigkeit und die ihr zugrundeliegende subjektive Motivstruktur auszusagen. Eine IM-Registrierung besagt zunächst nichts weiter, als daß eine bestimmte Person vom MfS als inoffizieller Mitarbeiter geführt wurde. Sie ist für sich genommen noch kein Beleg für eine erwiesene Mitarbeit.

Genauere Auskunft über Art, Inhalt und Umfang der Zusammenarbeit geben erst die Akten. Sie spiegeln das ganze Spektrum wider: Von jahrzehntelangem Verrat bis zur Dekonspiration im Kollegenkreis nach einigen Treffen sind alle Schattierungen menschlichen Verhaltens vertreten. Typisch für den Kirchenbereich sind jedoch weniger Verrat und miese Spitzelei, wenngleich es daran auch unter Pfarrern und Oberkirchenräten nicht gefehlt hat. Die Bereitschaft zur konspirativen Zusammenarbeit mit dem MfS resultierte, vor allem bei Amtsträgern und engagierten Laien, häufig aus der irrigen Annahme, mit diesen privaten Sonderkontakten etwas Positives für das Verhältnis von Staat und Kirche bewegen zu können. Sie führten in

⁹³ Angaben nach einer statistischen Erhebung des BStU (AU II.3) von Januar 1995.

⁹⁴ Vgl. Vollnhals: Ministerium für Staatssicherheit, S. 510.

ihrem Selbstverständnis vor allem "Sachgespräche", sorgten sich um die "guten Beziehungen", die nicht belastet werden sollten. Hier wurden seitens der MfS-Offiziere keine Befehle erteilt, sondern diplomatisch agiert. Schon die Tatsache, daß "man sich eben traf", förderte unterschwellig die Konditionierung auf die staatliche Erwartungshaltung. Bei länger andauernden Kontakten schwand allmählich die Distanz, man wurde vertraulich.

Neben den "Naiven" gab es die ehrgeizigen "Macher". Sie wollten auf eigene Faust aktiv Kirchenpolitik gestalten und suchten dabei die Unterstützung des MfS, um ihre Vorstellungen in innerkirchlichen Auseinandersetzungen über den künftigen Weg der Kirche durchzusetzen. Andere handelten aus politischer Überzeugung und wollten damit ihren Beitrag zum Sieg des Sozialismus leisten. Sie besaßen in der Regel noch weniger Skrupel, rechtfertigt doch ein höheres Ideal vieles. Es blieb jedoch stets eine Frage des persönlichen Anstands, ob man sich auf die Konspiration einließ, gar Kollegen und andere Bürger denunzierte und Aufträge des MfS erfüllte. Wieder andere stellten sich aus beruflicher Frustration und persönlicher Verärgerung hemmungslos in den Dienst des MfS. Im Extrem erkundigten sich Pfarrer sogar bei ihrem Führungsoffizier, ob sie nicht hauptamtliche MfS-Mitarbeiter werden könnten.

Daneben gibt es die ganze Palette menschlicher Schwächen und Verfehlungen, die für eine Anwerbung ausgenutzt werden konnten. Nackte Erpressung ist in den siebziger und achtziger Jahren allerdings nur noch selten anzutreffen. Vielversprechender für eine langfristige Zusammenarbeit war die psychologisch geschickte Ausnutzung von privaten Interessen, unbefriedigtem Geltungsbedürfnis, naiver Vertrauensseligkeit und dem Wunsch nach Anerkennung. Gute Führungsoffiziere betreuten ihre IM in allen Lebenslagen, wirkten gleichsam als Seelsorger. Manche halten deshalb bis heute die Verbindung zu ihrem früheren Führungsoffizier aufrecht. Die (scheinbare) Teilhabe an verborgener Macht stärkte das Selbstbewußtsein vieler IM, andere zerbrachen an dem konspirativen Doppelleben und bedurften in Extremfällen schon zu DDR-Zeiten einer psychiatrischen Behandlung.

Auch wenn sich viele IM einer Selbsttäuschung hingaben, so war ihnen doch der schändliche Vertrauensbruch durchaus bewußt, weshalb sie die MfS-Kontakte mit allen Mitteln gegenüber ihrer Umwelt verheimlichten und sie bis heute zumeist vehement abstreiten oder in anderer Weise zu verharmlosen suchen. Besonders beliebt bei kirchenleitenden IM ist die Umdeutung, ihre langjährige konspirative Zusammenarbeit mit dem MfS habe im dienstlichen Interesse gelegen. Entscheidend ist hier die Frage nach der Legitimation für solche *Dauerkontakte*. Wer ohne Mandat und laufende Unterrichtung der Kirchenleitung Beziehungen mit dem MfS unterhielt, handelte konspirativ. Er paktierte objektiv mit der Gegen-

seite und kann auch heute keinen kirchlichen Auftrag zu seiner Entlastung in Anspruch nehmen.⁹⁵

3. Die tschekistische Internationale

Die geheimdienstliche Bearbeitung der Kirchen erfolgte nicht isoliert, sondern in enger Kooperation mit den Geheimdiensten der übrigen Ostblockstaaten (mit Ausnahme Rumäniens). Besonders eng waren von Anfang an die Beziehungen zum KGB, dessen Berater als Geburtshelfer des MfS fungiert hatten. Es war keine rethorische Floskel, wenn es in einer Zuarbeit für das "Traditionskabinett" hieß: Gründung und Entwicklung der Hauptabteilung V bzw. XX seien "untrennbar mit dem Wirken der sowjetischen Tschekisten in [der] DDR verbunden" gewesen. Mit ihnen wurden in der Frühzeit "alle bedeutsamen operativen Maßnahmen" abgestimmt; sie lehrten zugleich "den in der konspirativen Arbeit oftmals unerfahrenen Mitarbeitern unseres Organs praktisch das '1 x 1' der tschekistischen Arbeit".⁹⁶ An die Stelle unmittelbarer Anleitung traten in späteren Jahrzehnten regelmäßige Beratungen, in denen die Schwerpunkte der operativen Zusammenarbeit festgelegt wurden. Im Mai 1978 erfolgte in Moskau erstmals eine vertragliche Fixierung der Arbeitsbeziehungen zwischen der Hauptabteilung XX und der V. Verwaltung des KGB in einem gemeinsamen Perspektivplan.⁹⁷

Weitere Rahmenvereinbarungen längerfristigen Charakters, die jeweils auch Festlegungen auf der "Kirchenlinie" enthielten, existierten in den achtziger Jahren zwischen der Hauptabteilung XX und der X. Verwaltung des Korps für Nationale Sicherheit des Föderativen Ministeriums des Innern der ^VČSSR sowie mit der VI. Verwaltung des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Bulgarien. Eine aktive Zusammenarbeit bestand des weiteren mit dem IV. Department des polnischen Innenministeriums und der II. Verwaltung des ungarischen Innenministeriums. An Arbeitsbesprechungen der tschekistischen Internationale nahmen gelegentlich auch die Geheimdienste Kubas und Nordvietnams teil.

Für 1990 sah der Arbeitsplan der HA XX kirchenpolitische Beratungen mit den entsprechenden Abteilungen des KGB in Berlin (3 Tage), des tschechischen Geheimdienstes in Prag

⁹⁵ Zur besonderen Problematik der kirchlichen "Gesprächsbeauftragten" im Bereich der katholischen Kirche vgl. die Beiträge von Ute Haese sowie von Dieter Grande und Bernd Schäfer, in: Vollnhals (Hrsg.): Kirchenpolitik, S. 371–381 und 388–404.

⁹⁶ Hauptabteilung XX – Partner der immer engeren Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderorgane, o. D. (nach 1985); BStU, ZA, HA XX/4-2288, Bl. 72–75.

⁹⁷ Protokoll über die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der ideologischen Diversion der Geheimdienste und anderen subversiven Zentren und Organisationen der imperialistischen Staaten zwischen der Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und der V. Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für den Zeitraum 1978–1980, gez. Generalleutnant Bobkow und Generalmajor Kienberg; BStU, ZA, HA XX/AKG-781, Bl. 131–146 (mit Anlage).

(3 Tage) und des polnischen in Frankfurt/Oder (1 Tag) vor. Als Beratungsthemen waren unter anderem die VII. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (Januar 1990) und der Ökumenischen Weltversammlung (März 1990) sowie die Vorbereitung des internationalen Theologenkongresses in Dresden (September 1990) aufgelistet. Regelmäßig auf der Agenda standen ferner die Auswertung und Beratung von Maßnahmen gegenüber dem Vatikan, die konzentrierte Bekämpfung kirchlich-religiöser Ostmissionen sowie die Festlegung des weiteren Kurses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und der Berliner Konferenz europäischer Katholiken (BK).⁹⁸

Neben dem bilateralen Informationsaustausch fanden seit den frühen sechziger Jahren auch multilaterale Arbeitstreffen statt. Zuvor scheint es keine koordinierte Politik der sozialistischen Geheimdienste gegenüber internationalen Kirchenorganisationen gegeben zu haben. So heißt es in einer MfS-Analyse aus dem Jahre 1960: "Zwar gab es in der Vergangenheit Absprachen der einzelnen Staatsämter für Kirchenfragen der Volksdemokratien, aber keine Absprachen der Sicherheitsorgane, welche mit inoffiziellen Mitarbeitern große Möglichkeiten zur Festlegung einer einheitlichen, gemeinsamen Linie haben."⁹⁹ Neben den Staatsämtern, deren Zusammenarbeit ebenfalls als mangelhaft beurteilt wurde, trat nun zunehmend die tschekistische Internationale zur Koordinierung einer abgestimmten Politik auf den Plan. So fand beispielsweise im Juli 1963 in Budapest eine Besprechung der sozialistischen Geheimdienste zur "Festlegung gemeinsamer operativer Maßnahmen während der geplanten Fortsetzung des II. Vatikanischen Konzils" statt.¹⁰⁰ Das Einladungstelegramm nannte unter anderem folgende Punkte: "Wie können in diesem Zusammenhang Agenturen und andere Möglichkeiten genutzt werden? In welcher Richtung sollen die Mitglieder der Kirchen-delegationen betr. politischer und kirchenpolitischer Fragen beeinflusst werden? [...] Koordinierung solcher Kombinationen, deren Durchführung es ermöglicht, Geheimorganisationen des Vatikans in den Ländern der Volksdemokratien aufzudecken."¹⁰¹ Eine weitere multilaterale Beratung zur Analyse und Festlegung gemeinsamer Maßnahmen gegenüber dem Vatikan fand 1967, ebenfalls in Budapest, statt.¹⁰² Zugleich erfolgte eine weitere Intensivierung der bilateralen Arbeitsbeziehungen zur gemeinsamen Aufklärung, Überwachung und Bekämpfung kirchlicher Organisationen.¹⁰³

⁹⁸ HA XX: Plan der Arbeitsberatungen mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten für das Jahr 1990 vom 17.10.1989; BStU, BF-Dokumentation.

⁹⁹ [HA V/4]: Plan für die Zusammenarbeit mit den Volksdemokratien vom 11.5.1960; BStU, ZA, HA XX/4-315, Bl. 18–40, hier 21.

¹⁰⁰ HA V: Vorschlag für die Besprechung mit den Genossen der sozialistischen Länder am 26.7.63 in Ungarn vom 22.7.1963; BStU, ZA, HA XX/4-315, Bl. 78ff.

¹⁰¹ Ungarisches Einladungstelegramm an Mielke vom 15.7.1963; ebenda, Bl. 67f.

¹⁰² Vgl. Protokoll vom 27.7.1967 (Übersetzung aus dem Russischen); BStU, ZA, HA XX/4-315, Bl. 157f. An diesem Treffen nahmen auch Vertreter des rumänischen Geheimdienstes teil.

¹⁰³ Vgl. z. B. HA XX/4: Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit mit den Volksrepubliken Ungarn und Bulgarien vom 28.4.1967; BStU, ZA, HA XX/4-315, Bl. 142–145.

Einen Einblick in die Zusammenarbeit mit der 4. (kirchenpolitischen) Abteilung der V. Verwaltung des KGB gibt eine Aktennotiz der HA XX aus dem Jahre 1971. Sie benannte folgende Schwerpunkte:

- "1. Koordinierte Maßnahmen für die operative Bearbeitung des sogenannten 'Gustav-Adolf-Werkes' [...]
2. Meinungsaustausch und Festlegung gemeinsamer operativer Maßnahmen zur IV. Allchristlichen Friedenskonferenz im Oktober 1971 in Prag. Die Sowjetunion und die DDR sind in der Christlichen Friedenskonferenz die stärksten Delegationen und am aktivsten tätig. [...]
3. Meinungsaustausch über die Strategie und Taktik des Vatikans, speziell des Sekretariats für die Nichtglaubenden, gegenüber den sozialistischen Ländern. [...]
4. Meinungsaustausch über die gegenwärtigen personellen und strukturellen Veränderungen im Weltkirchenrat und ihre Bedeutung gegenüber der Politik der sozialistischen Länder in Kirchenfragen. [...]
5. Meinungsaustausch und Festlegung gemeinsamer operativer Maßnahmen zur Bekämpfung der subversiven Tätigkeit der Sekte Baptisten. [...]"¹⁰⁴

In diesem Spektrum bewegt sich auch der gemeinsame Arbeitsplan der kirchenpolitischen Abteilungen des MfS und des KGB aus dem Jahre 1979 "zur Bekämpfung klerikaler Untergrundzentren".¹⁰⁵ Hierzu zählten unter anderem die Missionszentren: Licht im Osten (Kortal), Christliche Ostmission (Friedberg), Glaube in der 2. Welt (Schweiz), Open door (Holland) sowie die Zentrale der Zeugen Jehovas (Wiesbaden). Die Zerschlagung der Kurierverbindungen und des Schmuggels religiöser Literatur in die Sowjetunion stellte seit den fünfziger Jahren einen operativen Schwerpunkt dar. Besonders "erfolgreich" agierten dabei über die Jahre IM "Wolf"¹⁰⁶ und IM "Heinz Wendland"¹⁰⁷, zwei evangelische Pfarrer. Letzterer führte allein 1982 "20 Zentner kirchliche Druckerzeugnisse, die für die Sowjetunion bestimmt waren, dem MfS zur Verkollerung zu".¹⁰⁸ Hilfreiche Dienste leistete auch der Agent "Sagorski", den das KGB in der Leitung des Gustav-Adolf-Werkes plazieren konnte. Allein auf die sogenannte "Gruppe Hamm", einem Kreis deutschstämmiger Aussiedler um den Pfarrer Hamm (Bonn), waren jeweils drei IM des KGB und des MfS angesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete neben der "Aufklärung" des Vatikans die Einflußnahme auf internationale Kirchenorganisationen. Für die koordinierte Bearbeitung des Öku-

¹⁰⁴ HA XX: Vorschlag für eine gemeinsame Beratung mit den Genossen der sowjetischen Sicherheitsorgane auf der Linie XX/4 vom 12.–15.5.1971 in Moskau vom 20.4.1971; BStU, ZA, HA XX/4-231, Bl. 93–95.

¹⁰⁵ Plan der Zusammenarbeit zwischen der Abteilung 4 der V. Verwaltung des KfS der UdSSR und der HA XX/4 des MfS der DDR zur Bekämpfung klerikaler Untergrundzentren (Übersetzung aus dem Russischen vom 9.7.1979), gez. Oberst Romanow (Leiter der 4. Abteilung der V. Verwaltung) und Oberstleutnant Wiegand (Leiter der HA XX/4); BStU, ZA, HA XX/4-487, Bl. 58–68. Der gemeinsame Maßnahmeplan wurde während eines Arbeitstreffens in Moskau am 20.7.1979 vom Leiter der V. Verwaltung, Generalleutnant Bobkow, bestätigt.

¹⁰⁶ BStU, ASt Halle, XII 2007/63 (Archivsignatur).

¹⁰⁷ Hinter diesem Decknamen für die Zusammenarbeit mit dem KGB verbirgt sich vermutlich der IM "Gerd". Vgl. BStU, ZA, Teilablage A 324/75, Bd. 5, Bl. 209 ff.

¹⁰⁸ HA XX/4: Schwerpunkte für die Beratung mit dem Bruderorgan des KfS der UdSSR vom 28.9.–1.10.1982 in Berlin vom 23.9.1982; BStU, ZA, HA XX/4-487, Bl. 333–338.

menischen Rates der Kirchen, der Konferenz Europäischer Kirchen und des Lutherischen Weltbundes wurde 1979 zwischen den kirchenpolitischen Abteilungen ein jährlicher Informationsaustausch vereinbart, "wobei sich besonders auf die Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen bzw. Generalversammlungen der zentralen Organen konzentriert wird. [sic!] Auf der Basis dieser Einschätzungen und Informationen wird die gemeinsame Vorbereitung der Beauftragung (Instruierung) der Agenturen durchgeführt. Vor allem betrifft das die Unterstützung für den Generalsekretär Potter und des Antirassismus- und Antimilitarismus-Programms sowie die Schwächung der reaktionären politisch-klerikalen Kräfte [...]."¹⁰⁹ Weitere Festlegungen, insbesondere des Auftretens und Abstimmungsverhaltens der IM aller sozialistischen Dienste, erfolgten auf multilateralen Arbeitstreffen.¹¹⁰ Die systematische Einflußnahme verfolgte mehrere Ziele: Sie sollte den "antiimperialistischen Kampf" nationaler Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt fördern, die sowjetische Außenpolitik vor Kritik (Afghanistan, Polen) abschirmen und vor allem eine kritische Erörterung der Menschenrechtsfrage in ökumenischen Gremien verhindern. Wenngleich derzeit kein abschließendes Urteil über die Instrumentalisierung internationaler Kirchenorganisationen möglich ist, so steht die hohe IM-Durchsetzung osteuropäischer Delegationen doch außer Frage. Dies gilt besonders für die Hierarchie der Russisch-Orthodoxen Kirche¹¹¹ und der "Staatskirchen" in anderen Ostblockstaaten. Eine starke Infiltration ist auch, wie Ausführungen der "Bruderorgane" nahelegen, bei den kleinen (weitgehend gleichgeschalteten) protestantischen Kirchen und Religionsgemeinschaften zu vermuten.

Selbstverständlich stand auch die Steuerung der "Prager Christlichen Friedenskonferenz" und der "Berliner Konferenz europäischer Katholiken"¹¹² stets auf der Agenda, so beispielsweise bei den multilateralen Beratungen 1974 in Berlin, 1975 in Warschau und Prag, 1976 in Berlin und 1977 in Prag. Wenngleich an der prokommunistischen Ausrichtung dieser staatlich finanzierten Organisationen nie zu zweifeln war und ihr Einfluß auf das kirchliche Leben in der DDR stets begrenzt blieb, so läßt sich das ganze Ausmaß der geheimdienstlichen Steuerung doch erst heute erkennen. Sämtliche Personalentscheidungen wurden im Vorfeld auf Tagungen der sozialistischen Geheimdienste beraten und, soweit sie Personen aus dem sozialistischen Lager betrafen, auch entschieden. Den inneren Führungszirkel der CFK im Prager Büro stellten überwiegend bewährte inoffizielle Mitarbeiter. Aus der DDR sind unter anderem zu

¹⁰⁹ Arbeitsplan 1979; ebenda, Bl. 65.

¹¹⁰ Vgl. z. B. HA XX/4: Bericht über die Beratung der Bruderorgane der sozialistischen Länder am 14./15.4.1983 in Moskau zur VI. Vollversammlung des ÖRK in Vancouver/Kanada vom 9.5.1983; BStU, ZA, HA XX/4-487, Bl. 376–383. An diesem Treffen nahmen auch zwei Vertreter des kubanischen Geheimdienstes teil.

¹¹¹ Bei der VI. Vollversammlung des ÖRK in Vancouver sollen sich unter der kirchlichen Delegation aus der Sowjetunion 47 KGB-Agenten befunden haben. Vgl. Michael S. Voslensky: Das Geheimnis wird offenbar. Moskauer Archive erzählen, München 1995, S. 110.

¹¹² Vgl. Bernd Schäfer: "Um 'anzukommen', muß man sich 'ankömmlich' artikulieren": Zur "Berliner Konferenz" (BK) zwischen 1964 und 1993, in: Michael Richter und Martin Reißmann (Hrsg.): Die Ost-CDU, Weimar 1995, S. 111–125.

nennen: Gerhard Bassarak (IM "Buss"¹¹³), Wolf-Dietrich Gutsch (IM "Dietrich"¹¹⁴), Heinrich Fink (IM "Heiner"¹¹⁵), Dieter Kraft (IM "Michael"¹¹⁶) und Peter Zimmermann (IM "Karl Erb"¹¹⁷). Beispielhaft für die Steuerung der Personalpolitik ist ein Bericht über die Beratung mit der kirchenpolitischen KGB-Abteilung im Dezember 1981 in Moskau: "Die sowjetische Seite wird den Vorschlag der DDR unterstützen, damit Dr. Kaltenborn als Nachfolger für den verstorbenen Wolf-Dietrich Gutsch zum internationalen Sekretär gewählt wird."¹¹⁸ Zehn Monate später ist zur Vorbereitung eines sowjetischen Gegenbesuchs unter dem Stichwort CFK vermerkt: "Festlegung treffen, wer Nachfolger des Generalsekretärs Mirejovski (ČSSR) werden soll bzw. bleibt er es; Dank für Unterstützung hinsichtlich Kaltenborn."¹¹⁹ Auch in den Leitungsgremien der 1964 gegründeten Berliner Konferenz war das MfS mit Hubertus Guske (IM "Hubert", "Georg"¹²⁰), Adolf Niggemeier (IM "Benno Roth"¹²¹) und anderen gut vertreten.

Die politischen Leitlinien für die Christliche Friedenskonferenz und die Berliner Konferenz wurden auf der Ebene der ZK-Apparate und der Staatsämter für Kirchenfragen festgelegt. Anschließend galt es, den gewünschten Kurs mit inoffiziellen Kräften auch durchzusetzen. So findet sich in einer Aktennotiz der HA XX/4 aus dem Jahre 1976 beispielsweise der Passus: "Den sowjetischen Genossen wird der Entwurf des Programms übergeben, welches auf der 25. Tagung [des Internationalen Fortsetzungsausschusses der Berliner Konferenz] verabschiedet werden soll. Wir bitten, daß dieses Programm von ihren Quellen unterstützt wird."¹²² Für die 8. Plenartagung der BK, die im November 1982 in Berlin stattfand, vereinbarten die kirchenpolitischen Abteilungen von MfS und KGB: "Die BK sollte noch stärker christlich orientiert werden und die Verbindung mit der Politik noch geschickter vollziehen. Zur Mitarbeit in der BK sollten Vertreter der katholischen Kirche aus Vietnam eingeladen werden, da hier sehr gute Potenzen vorhanden sind."¹²³ Nicht minder offenherzig heißt es in einem anderen MfS-Bericht von 1980 zur weiteren Entwicklung der Christlichen

¹¹³ Registriernummer: XV/1005/69. Vorgang am 9.12.1989 gelöscht.

¹¹⁴ BStU, ZA, AIM 11870/85.

¹¹⁵ Vgl. Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin vom 16.12.1992. Ausführlicher Bericht, in: Frankfurter Rundschau vom 17.12.1992.

¹¹⁶ Registriernummer: XV/2313/75.

¹¹⁷ BStU, ASt Leipzig, AIM 8073/92.

¹¹⁸ HA XX/4: Beratung mit dem Bruderorgan der UdSSR in Moskau vom 8.12.1981; BStU, ZA, HA XX/4-487, Bl. 263.

¹¹⁹ HA XX/4: Schwerpunkte für die Beratung mit dem Bruderorgan des KfS der UdSSR vom 28.9.–1.10.1982 in Berlin vom 23.9.1982; ebenda, Bl. 337. In den zentralen MfS-Karteien (ohne HV A) ist Kaltenborn nicht als IM erfaßt.

¹²⁰ BStU, ZA, Teilablage 835/85. Vgl. KNA-Informationsdienst, Nr. 43 vom 28.10.1993.

¹²¹ BStU, ZA, AIM 11943/89.

¹²² HA XX/4: Konzeption über beabsichtigte Probleme bei den bilateralen Beratungen, o. D.; BStU, ZA, HA XX/4-374, Bl. 13. Die Aktennotiz wurde zur Vorbereitung des multilateralen Arbeitstreffens in Berlin vom 22.–27.3.1976 verfaßt.

¹²³ HA XX/4: Bericht. Beratung mit dem Bruderorgan des KfS der UdSSR vom 28.9. bis 1.10.1982 in Berlin; BStU, ZA, HA XX/4-487, Bl. 330.

Friedenskonferenz: "Im Zusammenhang mit der Bearbeitung der CFK ist vorgesehen, langfristig Änderungen in der Leitung herbeizuführen und reaktionäre Kräfte aus kapitalistischen Ländern gegen andere Personen aus den gleichen Ländern auszutauschen. Es ist noch klüger und abgedeckter vorzugehen, um nicht zu erkennen zu geben, welche Kräfte die CFK steuern. Dazu ist noch stärker die Abdeckung der politisch-operativen Aufgaben mit einer 'religiösen Hülle' zu umgeben."¹²⁴ Deutlicher läßt sich der rein instrumentelle Charakter kaum formulieren. Auch nach der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, der innerhalb der CFK zu einer schweren Krise führte, fanden sich im Westen genügend blauäugige Fellow travellers, die die christlich-religiös verbrämte Propagierung sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik für bare Münze nahmen.¹²⁵

Sieht man von diesen beiden kommunistischen Tarnorganisationen ab, so läßt sich Ausmaß und Erfolg der tschekistischen Internationale bei der Unterwanderung und Einflußnahme auf internationale Kirchenorganisationen und andere kirchliche Einrichtungen beim gegenwärtigen Kenntnisstand kaum abschätzen. An entsprechenden Bemühungen hat es, wie der dichte Informationsfluß und die enge operative Vernetzung der realsozialistischen Geheimdienste belegen, jedenfalls nicht gefehlt. Leichter zu bestimmen sind anhand der bisher aufgefundenen MfS-Akten die "Erfolge" bei der Bekämpfung der Ostmissionen. Hier führte der koordinierte IM-Einsatz zur Enttarnung zahlreicher Kuriere und Verbindungsleute, die ihren mutigen Einsatz für die freie Religionsausübung in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten nicht selten mit langjährigen Haftstrafen bezahlen mußten.

4. Resümee

Am Ende dieses Beitrages soll bewußt nicht die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg der Kirchenpolitik des MfS thematisiert werden. Die hier vorgelegten Zahlen und Daten geben in erster Linie Auskunft über den geheimdienstlichen Apparat, über seine historische Entwicklung, Struktur und Arbeitsweise. Sie umreißen die institutionell-organisatorischen Rahmenbedingungen und erlauben erste Schlußfolgerungen hinsichtlich des vorhandenen Potentials, aber auch der Grenzen, die dem Apparat gesetzt waren. Ebenso markiert die quantitative Dimension des IM-Netzes einige Eckpunkte der konspirativen Durchdringung. Aus solch hochverdichteten Statistiken, wie sie hier vorliegen, können jedoch keine qualitativen Aussagen zum realen Einfluß des MfS auf innerkirchliche Entscheidungen und Entwicklungsprozesse abgeleitet werden. Hierzu bedarf es vor allem solider Fallstudien auf breiter Quellenbasis. Für eine abwägende Bilanzierung aller Einfluß- und Wirkungsfaktoren

¹²⁴ Aktennotiz Wiegands: Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der UdSSR vom 25.10.1980; BStU, ZA, HA XX/4-487, Bl. 158.

¹²⁵ Zur Einflußnahme der SED auf die westdeutsche Friedensbewegung vgl. Armin Boyens: Geteilter Friede. Anmerkungen zur Friedensbewegung in den 80er Jahren, in: KZG 8(1995), S. 440–509.

ist es mithin beim gegenwärtigen Forschungsstand noch zu früh. Zunächst gilt es erst einmal, Schneisen in das konspirative Unterholz zu schlagen.

Leichter lassen sich am Ende eines solchen, primär institutionenkundlich angelegten Beitrages einige weiterführende Thesen zu Funktion und Bedeutung der kirchenpolitischen MfS-Abteilung formulieren:

Sie erfüllte zunächst zweifellos ihren geheimdienstlichen Informations- und Überwachungsauftrag, auch wenn ideologische Barrieren häufig einer unvoreingenommenen Analyse und Bewertung des inoffiziell erarbeiteten Informationsaufkommens im Wege standen. Das IM-Netz reichte seit den frühen sechziger Jahren, zumindest in der evangelischen Kirche, bis in höchste Leitungspositionen, so daß das MfS umfassend über innerkirchliche Entwicklungen und vertrauliche Beratungen von Leitungsgremien unterrichtet war. Allein im Zeitraum von Oktober 1980 bis September 1981 fertigte die HA XX/4 289 Einzelberichte bzw. "Informationen" an, von denen 121 über die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS an den ZK-Apparat der SED weitergeleitet wurden.¹²⁶ Wichtige Meldungen gingen direkt an Erich Honecker, ansonsten an den Leiter der ZK-Arbeitsgruppe bzw. den für Kirchenfragen zuständigen ZK-Sekretär. Auch der Staatssekretär für Kirchenfragen erhielt teilweise diese als "streng geheim" eingestuften ZAIG-Berichte. Neben dem vertikalen Informationsfluß existierte auf Bezirksebene ein horizontaler zum 1. Sekretär der jeweiligen SED-Bezirksleitung, in abgestufter Form auch zu den SED-Kreisleitungen.

Als Generalunternehmer für Sicherheit informierte das MfS nicht nur. Vielmehr übernahm die kirchenpolitische Abteilung eine zentrale Koordinierungsfunktion bei der Durchsetzung der staatlichen Kirchenpolitik. Wichtige Schlüsselpositionen wurden systematisch mit inoffiziellen Mitarbeitern, teils sogar mit Offizieren im besonderen Einsatz, besetzt. Sie überwachten die Tätigkeit der Staatsorgane und setzten in ihren Bereichen jeweils die inoffiziellen Vorgaben des MfS in staatliches Handeln um. Der klandestine MfS-Apparat agierte neben und außerhalb der bereits vorhandenen Parallelstruktur von Partei und Staat, er stellte jedoch keinen "Staat im Staate" dar. Auch auf dem Feld der Kirchenpolitik handelte das MfS nicht autonom, sondern vollstreckte als "Schild und Schwert der Partei" die politisch-ideologischen Vorgaben der SED-Führung.

Die offizielle Kirchenpolitik der SED kann deshalb nicht von der konspirativen des MfS getrennt werden. Beide bildeten vielmehr eine innere Einheit, deren Bestandteile sich gegenseitig bedingten und ergänzten. Die SED legte ihrer gesamten Kirchenpolitik das erprobte Muster kommunistischer Doppelstrategie zugrunde. Als Vorbild diente die "Bündnispolitik" zur Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien CDU und LDPD. Diese Strategie mußte freilich den veränderten innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen angepaßt werden, nachdem der erste offene Angriff auf die Kirchen in den fünfziger Jahren nicht zum Erfolg

¹²⁶ HA XX/4: Jahresanalyse 1981 vom 1.10.1981; BStU, ZA, HA XX/4, Ablage Org. 50 (8), Bl. 302.

geführt hatte. In historischer Perspektive steht die SED-Politik zudem in der Tradition des staatlichen Kirchenkampfes im "Dritten Reich", den sie zunächst mit den selben, später mit subtileren Methoden fortführte.

Der Einsatz geheimdienstlicher Mittel und Methoden ging weit über die übliche Tätigkeit einer Geheimpolizei hinaus. Sie beschränkte sich nicht auf die Bespitzelung einzelner Personen oder Personengruppen, sondern verfolgte noch eine weitere, langfristig angelegte Konzeption: die systematische Unterwanderung und mittelbare Steuerung der Kirchen durch hochrangige IM in Schlüsselpositionen; in Einzelfällen besetzten sogar eingeschleuste MfS-Offiziere kirchenleitende Ämter.¹²⁷ Die Kirchen sollten mittels des Differenzierungsprozesses von innen zersetzt und als selbständige gesellschaftliche Großverbände ausgeschaltet werden. Auch in partiellen Liberalisierungsphasen blieb diese Strategie während der gesamten vierzigjährigen SED-Herrschaft als eine durchlaufende Konstante erhalten. Sie stellte die eigentliche Grundlinie dar und entsprach der Logik des totalitären Machtanspruchs: Jede innenpolitische Lockerung mußte von der Staatssicherheit auf verdecktem Wege machtpolitisch kompensiert werden.

In der Ära Honecker erfolgte dementsprechend ein massiver Ausbau des MfS, dessen Personalbestand sich nahezu verdoppelte. Im Sold dieser Schattenarmee standen zuletzt rund 91.000 hauptamtlich Beschäftigte sowie rund 173.000 inoffizielle Mitarbeiter. Die flächendeckende Überwachung und Durchdringung aller Gesellschaftsbereiche zielte letztendlich auf eine präventive Sozialsteuerung im Interesse der Machtsicherung ab, Konflikte sollten nach Möglichkeit nicht mehr mit brachialer Repression sondern mit lautlosen Zersetzungsmaßnahmen gelöst werden. Auch wenn diese Vision einer umfassenden geheimdienstlichen Steuerung und Manipulation kirchlicher Institutionen wie gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse in der Realität nur begrenzt zum Tragen kam – und insofern unerfüllte Utopie blieb –, so kennzeichnet dieser Ansatz doch eine neue, verfeinerte Form totalitärer Herrschaftsausübung.

Bei aller Bedeutung, die man der Hauptabteilung XX/4 auf dem Feld der Kirchenpolitik sicherlich zumessen muß, sollte ihre Stellung im Repressionsapparat der SED-Diktatur auch nicht überschätzt werden. Gemessen am Gesamtbestand, beschäftigte die gesamte "Kirchenlinie" weniger als ein Prozent aller inoffiziellen Mitarbeiter, im Korps der Hauptamtlichen handelte es sich stets um eine kleine Spezialeinheit. Legt man diese Ressourcenverteilung als Indikator an, so stellte die "Bearbeitung" der Kirchen und Religionsgemeinschaften für den Staatssicherheitsdienst ein wichtiges, insgesamt gesehen aber doch untergeordnetes Aufgabengebiet dar.

¹²⁷ Vgl. Harald Schultze und Waltraut Zachhuber: Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlev Hammer – Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, hrsg. vom Evangelischen Büro Sachsen-Anhalt, Magdeburg o. J. (1995) .

Abkürzungsverzeichnis

AIM	Archivierter IM-Vorgang
ASt	Außenstelle
BK	Berliner Konferenz europäischer Katholiken
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union
CFK	Christliche Friedenskonferenz
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Dienstanweisung
DSt	Dokumentenstelle
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EOS	Erweiterte Oberschule
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM, IM zur Führung anderer IM und GMS (IM-Kategorie 1968–1989)
GHI	Geheimer Hauptinformer (IM-Kategorie 1953–1968)
GM	Geheimer Mitarbeiter (IM-Kategorie 1950–1968)
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (IM-Kategorie 1968–1989)
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen (IM-Kategorie 1979–1989)
IME	IM im bzw. für einen besonderen Einsatz (IM-Kategorie 1968–1989)
IMK	IM zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens (IM-Kategorie 1968–1989)

IMS	IM, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereichs oder Objekts beauftragt ist (IM-Kategorie 1968–1979), IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs (IM-Kategorie 1980–1989)
JHS	Juristische Hochschule
K I	Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei
KD	Kreisdienststelle
KfS	Komitee für Staatssicherheit
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit
KS	Kader und Schulung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KW	Konspirative Wohnung
KZG	Kirchliche Zeitgeschichte (Zeitschrift)
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MdI	Ministerium des Innern
NS	Nationalsozialismus
NSA	Nichtsozialistisches Ausland
OKR	Oberkirchenrat
OPK	Operative Personenkontrolle
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
OV	Operativer Vorgang
POZW	Partner des operativen Zusammenwirkens
RL	Richtlinie
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SiVo	Sicherungsvorgang
TV	Teilvorgang
USK	Untersachkonto
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR
ZA	Zentralarchiv

ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang